

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. R. C. Geyer.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 8. Nov. 1930

Die Einkommensteuerzuschläge.

Int. Institut
Soz. Geschlechter
Amsterdamm

SPD. Unter den 30 Gesetzentwürfen, die das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Regierung umfasst und die zurzeit vom Reichsrat beraten werden, befindet sich auch der Entwurf eines Gesetzes über Zuschläge zur Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1931. Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 waren dem Reich schon für das laufende Rechnungsjahr durch Festsetzung von Zuschlägen zur Einkommensteuer neue Einnahmen eröffnet worden. Es handelt sich dabei einmal um einen fünfprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen über 8 000 Mark, zweitens um die Ledigensteuer, und drittens um die Sonderbesteuerung der Aufsichtsräte. Bei Erlass der Notverordnung hatte man angenommen, dass diese Steuerzuschläge ebenso wie die gleichzeitig verordnete 2½%ige Reichshilfe der Festbesoldeten im nächsten Jahre nicht mehr gebraucht würden. Deshalb waren diese Massnahmen bis zum 31. März 1931 befristet.

Inzwischen hat sich herausgestellt, dass die Einwirkungen der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen ein viel grösseres Ausmass angenommen haben, als erwartet wurde. Dabei werden sich insbesondere die Rückgänge der Steuernerträge erst im Rechnungsjahr 1931 voll auswirken. Die Regierung geht neuerdings davon aus, dass diese Ausfälle für das Reich 953 Millionen und für die Länder 317 Millionen betragen werden. Deshalb sollen die Steuern der Notverordnung auch für 1931 weiter erhoben werden. Hinsichtlich der Heranziehung der Festbesoldeten hat sich die Regierung, wie man weiss, dazu entschlossen, die 2½%ige Reichshilfe vom 1. April 1931 ab durch eine 6%ige Gehaltskürzung zu ersetzen. Für die übrigen Deckungsmassnahmen der Notverordnung schlägt sie dagegen in dem vorliegenden Gesetzentwurf in der Hauptsache eine unveränderte Verlängerung für das Rechnungsjahr 1931 vor. Es bleibt daher bei dem 5%igen Steuerzuschlag für die Einkommen über 8 000 Mark, sowie bei den Steuerzuschlägen für die Ledigen. Nur bei den Aufsichtsräten wird die Sondersteuer, die nach der Notverordnung 2½ Prozent der Einnahmen beträgt, vom 1. April 1931 ab auf 6 Prozent erhöht. Das Aufkommen der drei Steuern wird für das Rechnungsjahr 1931 etwa wie folgt geschätzt:

Steuerzuschlag für Einkommen über 8 000 Mark	52 Mill.
Ledigenzuschlag für Lohnsteuerpflichtige	132 "
Ledigenzuschlag für Veranlagte	29 "
Steuerzuschlag für Aufsichtsräte	3 "

Zusammen 216 Mill.

Diese Erträge sollen wie schon bisher ausschliesslich dem Reich zufließen.

Diese Steuervorschläge begegnen schweren Bedenken. Es ist zwar zu begrüssen, dass die Abgabe der Aufsichtsräte von 2½ auf 6 Prozent erhöht worden ist - also in demselben Ausmass wie die Abgabe der Festbesoldeten -, aber

gegenüber der früheren 20%igen Aufsichtsratssteuer ist das doch eine sehr glimpfliche Behandlung. Vor allem aber erscheint es uns erforderlich, dass die Einkommen über 8 000 Mark zu einem höheren Zuschlag als bisher herangezogen werden. Nachdem bei den Beamtenegehältern 6 Prozent gekürzt werden sollen, ist nicht einzusehen, warum nicht der Steuerzuschlag für höhere Einkommen wenigstens von 5 Prozent auf 10 Prozent heraufgesetzt wird. Angesichts der schweren finanziellen Bedrängnis, in der sich insbesondere die Gemeinden befinden, halten wir es nicht für vertretbar, dass an dieser Möglichkeit zur Beschaffung neuer Einnahmen vorübergegangen wird.

SPD. Wien, 8. November (Eig. Drahtb.)

Die angekündigte Ueberführung der sogenannten Arsenalwaffen vom städtischen Neugebäude in Simmering, einem ehemaligen Pulvermagazin, in die staatlichen Werkstätten von Kaiser-Ebersdorf, einige Kilometer weiter entfernt, ist heute vormittag 11 Uhr ohne Zwischenfälle durch eine Abteilung Bundesheer erfolgt. Von sozialdemokratischer Seite war Genosse Schubauer, der Kommandant der sozialdemokratischen Gemeindegewache erschienen, der schriftlich und mündlich gegen diesen offenkundigen Vertragsbruch durch die Regierung Vaugoin Protest einlegte. Es wurden überführt 14 000 Gewehre und 240 Maschinengewehre. Darauf suchte noch die Polizei in den übrigen Räumen des Gebäudes nach sonstigen vermuteten Waffen, fand aber keine und zog wieder einmal blamiert ab.

Im übrigen wächst die Einsicht, dass sich die Regierung mit dieser rabiaten einseitigen und obendrein erfolglosen Waffensuche gründlich diskreditiert hat. Gerade die Schober-Blätter machen sich über dieses Debacle der Vaugoin und Starhemberg lustig. Auch in manchen Regierungskreisen ist man über das Vorgehen Vaugoins entsetzt, denn er muss ja wissen, dass die Sozialdemokratie die Zusammenhänge bezüglich der Innsbrucker und Simmeringer Waffen aufdecken und dass dabei herauskommen würde, dass die Bundesregierung sich in diesen Fällen seinerzeit mit den Sozialdemokraten darüber verständigt hatte, dass man die Waffen dem Zugriff der Entente entziehen müsse. Das ist nun infolge der Provokationen Vaugoins herausgekommen und dem Aussenminister Dr. Seipel dürfte nicht sonderlich wohl zumute sein. Jetzt aber jammert Vaugoin in seinem unaufrichtigen Dementi darüber, dass Julius Deutsch durch seine Abwehrenthüllungen eine Verpflichtung zum Schweigen durchbrochen habe. Höher geht die Heuchelei nimmer.

SPD. Heide (Holst.), 8. Nov. (Eig. Dr.)

In dem Prozess gegen die fünf Nationalsozialisten, die sich wegen einer umfangreichen Prügelei mit Kommunisten zu verantworten hatten, wurde der Hauptangeklagte Dr. Grantz mit einem zweiten Angeklagten freigesprochen und drei weitere Angeklagte zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

SPD. Neumünster, 8. November (Eig. Dr.)

Die Trümmer der Landvolkbewegung hatten sich am Freitag abend in Neumünster eingefunden, um die Uebernahme der seinerzeit beschlagnahmt gewesenen schwarzen Fahne "feierlich" vorzunehmen. Hamkens und ein Freiherr von Lamezan hielten Ansprachen, worauf die Landvolkanhänger eine Demonstration durch die Strassen der Stadt vornahmen.

Der Veranstaltung wäre ein besonderes Interesse nicht zuzuwenden gewesen, wenn nicht das mit dem Wolff'schen Telegraphenbüro verbundene Coti Nachrichtenbüro Hamburg in einem $1\frac{1}{2}$ Seiten langen Bericht besondere Propaganda für

die Veranstaltung zu machen versuchte. Es ist nicht das erste Mal, dass das halbamtliche WTB die Rechtsbewegung in mehr als zulässiger Masse durch die Art seiner Berichterstattung unterstützt!

SPD. Sofia, 8. November (Eig. Drahtb.)

Dass die italienischen Faschisten nach der Heirat des Königs Boris mit der römischen Prinzessin Giovanna und dem offensichtlich zwischen Mussolini und den Sofioter Machthabern abgeschlossenen politischen Handel Bulgariens ähnlich wie Albanien bereits als ihre Kolonie betrachten, beweist ein riesiger diplomatischer Skandal, der sich anlässlich der Hochzeitsfeierlichkeiten in Sofia abspielte. Als bei einer Kundgebung die nationalistischen und sportlichen Verbände vor dem Königspaar defilierten, stellte sich der italienische Gesandte in Sofia Piacentini mit seinem Legationspersonal in die Reihen der bulgarischen Faschistenorganisationen "Rodna Saschtita" (Heimwehr) und zog zusammen mit ihnen, die Hand zum faschistischen Gruss erhoben, am Staatshauptes vorüber. Unmittelbar nach dieser unerhört dreisten Demonstration hielt Piacentini vor den Rodna Saschtiten eine öffentliche Ansprache, in der er wiederholt erklärte, dass die Zukunft nur dem Faschismus gehöre.

In den diplomatischen und auch weiten politischen Kreisen des Landes wird dieses Verhalten des faschistischen Gesandten als eine unglaubliche Provokation bezeichnet und schärfstens verurteilt. Die Linkspresse greift die Regierung des "demokratischen" Sgowors, die die faschistische Herausforderung stillschweigend hingenommen hat, auf das heftigste an und fragt, was sie gegen diesen politischen Skandal zu unternehmen gedenke. Die Angelegenheit dürfte noch ein parlamentarisches Nachspiel haben.

SPD. Sofia, 8. November (Eig. Drahtb.)

In Odruschitsche (Südbulgarien) wurde auf den sozialistischen Gemeinderat Jwan Dimitroff ein Anschlag verübt. Als sich Dimitroff aus einer Gemeinderatssitzung, die sich länger ausgedehnt hatte, am späten Abend nach Hause begab, wurden aus dem Hinterhalte mehrere Revolverschüsse auf ihn abgegeben, die ihn schwer verwundeten.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt am Sonnabend im Reichstag eine Sitzung ab. Ueber das Ergebnis teilt sie mit, dass keines ihrer Mitglieder für die Arbeitszeitkürzung eintrete, ferner, dass die Fraktion dem Reichskanzler "nicht ohne Vertrauen" gegenüberstehe. Die doppelte Verneinung ist weniger als eine Bejahung - zum vollen Vertrauen langt es nicht

SPD. In der nationalsozialistischen Presse wird seit einiger Zeit der Berliner Polizeivizepräsident Dr. Weiss verdächtigt, er habe sich in bestimmten Fällen bei seinen dienstlichen Entscheidungen von anderen als sachlichen Erwägungen bestimmen lassen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, stellt demgegenüber das Preussische Ministerium des Innern als die dienstvorgesetzte Behörde des Berliner Polizeipräsidenten auf Grund eingehender Nachprüfung der Vorgänge fest, dass die gegen den Polizeivizepräsidenten Dr. Weiss erhobenen Beschuldigungen völlig haltlos sind.

SPD. Der Polizeipräsident von Berlin hat die "Rote Fahne" für die Dauer von acht Tagen verboten, weil das Blatt den Ueberfall auf den ehemaligen Polizeipräsidenten Zörgiebel in Moabit mit Jubel begrüsst hat.

SPD. Die letzten Wahlen zum österreichischen Nationalrat fanden am 24. April 1927 statt. Sie hatten folgendes Ergebnis :

<u>Partei:</u>	<u>Absolut:</u>	<u>Prozente:</u>
Einheitsliste (Christlichsoziale und Grossdeutsche)	1 753 346	48,2
Sozialdemokraten	1 539 088	42,3
Landbund	229 977	6,3
Udeverband	35 428	1,0
Völkisch sozialer Block	27 142	0,8
Kommunisten	16 181	0,4
Demokraten	14 472	0,4
Jüdische Partei	10 717	0,3
Partei der Kärntner Slovenen	9 334	0,3
4 weitere Parteien	1 027	-
Zusammen	<u>3 636 712</u>	<u>100,-</u>

Die Zahl der Abgeordneten bei den Wahlen von 1923 und 1927 war die folgende :

<u>Partei:</u>	<u>1923</u>	<u>1927</u>
Christlichsoziale Partei	82	73)
Grossdeutsche Volkspartei	10	12) = 85
Sozialdemokratische Partei	68	71
Landbund für Oesterreich	5	9
Insgesamt	<u>165</u>	<u>165</u>

Die "Einheitsliste" hatte bei den Wahlen von 1927 85 Mandate errungen, von denen 73 den Christlichsozialen und 12 den Grossdeutschen zugewiesen wurden. Wie das wirkliche Verhältnis der Wählerstimmen der beiden Parteien damals war, lässt sich, da sie auf derselben Liste kandidierten, nicht feststellen. Die Christlichsozialen waren bisher mit ihren 73 Mandaten die stärkste Partei im Nationalrat.

SPD. Frankfurt/M., 8. November (Eig. Dr.)

Der seit langem als Privatdozent an der Heidelberger Universität beschäftigte Professor Gumbel wurde vom badischen Unterrichtsministerium ohne Befragen der Fakultät aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit zum ausserordentlichen Professor ernannt. Am Freitag berief die zum grössten Teil rechts eingestellte Studentenschaft der Heidelberger Universität eine Massenversammlung ein, in der gegen die Beförderung Gumbels zum ausserordentlichen Professor protestiert wurde. Sie hofften durch diesen Protest zu erreichen, dass die Universität, besonders aber die philosophische Fakultät Schritte unternehmen werde, um die Ernennung Gumbels rückgängig zu machen. Einige Anhänger Gumbels, die sich in der Versammlung zum Wort meldeten, wurden zur Diskussion nicht zugelassen.

SPD. Frankfurt/M., 8. November (Eig. Dr.)

Der Direktor der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.G., Sauerbrey, der seit Februar dieses Jahres in Frankfurt in Haft war, wurde am Sonnabend aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen, nachdem er eine Sicherheitsleistung gestellt hatte. Damit sind nun sämtliche Direktoren der Favag in Freiheit.

SPD. Frankfurt/M., 8. November (Eig. Dr.)

Die Frankfurter Nationalsozialisten hatten sich fünf thüringische Abgeordnete verschrieben, die angeblich einen Rechenschaftsbericht über die thüringische Regierungspolitik ablegen sollten. Die Ausführungen der Redner verdienten keinerlei Erwägung, wenn nicht das Mitglied der thüringischen Regierung, Staatsrat Marschler, in dieser nationalsozialistischen Kundgebung mit der Deutschen Volkspartei in Thüringen abgerechnet hätte. Er verriet mit nackten Worten, dass es den Nationalsozialisten bei einem Antrag auf Auflösung des Landtags nur darauf angekommen wäre, die Volks-Partei unter das kaudinische Joch zu zwingen. Sie müssten endlich einmal Farbe bekennen. Verweigere sie den Nationalsozialisten ein hundertprozentiges Vertrauensvotum, so würde der Landtag aufgelöst. Dann sei es wohl mit ihrer Herrlichkeit vorbei. Dabei entschlüpfte Herrn Marschler ein weiteres Bekenntnis, das für die Deutsche Volkspartei im Reich und ihrem stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Dingeldey nicht ganz uninteressant sein dürfte: wer mit den Nationalsozialisten in einer Regierung zusammensässe, habe sich ihr zu fügen. Kompromisse gebe es nicht, wer nicht parieren wolle, der fliege!

SPD. Paris, 8. November (Eig. Drahtb.)

Nach einer Meldung aus Saigon sind auf den Inseln von Pole Condor nach dem furchtbaren Taifun über 100 Leichen aus den Trümmern der niedergedrissenen Gefängnisbaracken geborgen worden. Die Zahl der Verwundeten dürfte die gleiche Höhe erreichen. Da die Aufräumarbeiten noch nicht beendet sind, ist anzunehmen, dass noch eine ganze Anzahl Toter unter den zerstörten Wohn- und Strafbauten liegen.

Auch die Südküste von Cochinchine ist von dem Sturm schwer heimgesucht worden. Eine ganze Anzahl von Ziegelbauten ist niedergedrissen worden. Von den Wohnhütten der Fischerbevölkerung ist nichts übrig geblieben. - Am Cap St. Jack sind viele Boote verloren gegangen; von den Fischern fehlen bisher 17 Mann.

SPD. Paris, 8. November (Eig. Drahtb.)

Der Polizeipräfekt von Paris hat Moralvorschriften erlassen, die neben einer gewissen Verärgerung grosse Heiterkeit erregt haben. Den Parisern ist danach von nun an das Spaziergehen in den Promenaden im Bois de Boulogne und im Wäldchen von Vincennes im Sommer nur noch von fünf Uhr bis Mitternacht und im Winter von sechs Uhr morgens bis zehn Uhr abends gestattet. Der Spaziergang, wohl gemerkt, denn Automobile dürfen auch in diesen erlaubten Zeiten in den stillen Alleen nicht parken, wie sich dies nach amerikanischem Muster stark eingebürgert hatte. Besonderen Zorn erregt jedoch die Verfügung, nach der auch das Musizieren und Singen verboten wird. Das Vergnügen, das Grammophon im Walde zum Picknick spielen zu lassen, Trompete zu blasen, im Chor zu singen oder die Trommel zu schlagen, ist nunmehr untersagt, ebenso das vollkommen lautlose Kartenspiel.

SPD. Paris, 8. November (Eig. Drahtb.)

Der achttägige Waffenstillstand, der bis zur Diskussion der Interpellationen über den Börsenkrach Oustric noch zur Verfügung steht, soll von der Regierung augenscheinlich eifrig zu Hausse-Manövern benutzt werden, um die Rückwirkungen an der Börse nach Möglichkeit wieder gutzumachen. Weil sein famoser Feldzug gegen die Baisse nichts genützt hat, versucht es der Finanzminister am Sonnabend durch gütliches Zureden. Er erliess eine Erklärung, in der er versicherte, dass der Krach Oustric nur eine Einzelerscheinung sei, die zu-

keinerlei Panik auch gegenüber den übrigen Banken Anlass geben könne. Auch der Gouverneur der Bank von Frankreich sucht in einer Presseerklärung beruhigend zu wirken. Das Publikum und die Börse aber scheinen das Vertrauen restlos verloren zu haben. Am Sonnabend waren wieder katastrophale Kursstürze an der Börse auch in den besten Werten zu verzeichnen. Dazu suchen die Sparer in überstürzter Eile ihre Gelder aus den Banken zurückzuziehen. Der Crédit Lyonnais soll seit Anfang dieser Woche weit über 100 Millionen Franken an die kleinen Sparer auszuzahlen gezwungen sein. Der Crédit du Nord, der die zusammengebrochene Bank Adam zu übernehmen beabsichtigt hatte, erlebte ebenfalls einen riesigen Ansturm auf seine Kassen. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn am Freitag schon die parlamentarische Aussprache über die Hintergründe des Oustric-Skandals stattgefunden hätte, schon um den zahllosen wilden Gerüchten ein Ende zu machen. Wie bereits gemeldet, soll sogar ein Minister des Kabinetts Tardieu in den Krach verwickelt sein. Der Justizminister Peret hat dementiert, dass er bis zuletzt Rechtsbeirat der Bank Oustric gewesen sei. Er konnte aber nicht in Abrede stellen, dass er früher doch bei der Bank in Diensten war. Jetzt behauptet übrigens die nationalistische "Liberté", dass eine Reihe von Parlamentariern ebenfalls mit Oustric in nahen Beziehungen gestanden habe. Oustric habe auch schon mit der Veröffentlichung der vollen Namensliste gedroht, falls man versuchen sollte den einen oder anderen seiner politischen Freunde blosszustellen. Es ist wohl selbstverständlich, dass auch über die Hintergründe des Bankskandals Klarheit geschaffen werden muss, denn mit Vertuschungsversuchen wird man das verschwundene Vertrauen der kleinen Sparer nicht wiederherstellen können.

SPD. Paris, 8. November (Eig. Drahtb.)

An der Küste der Vendée in der Nähe von La Faute bei Nantes hat der Sturm einen Damm eingerissen, der in dreijähriger mühevoller Arbeit errichtet worden war. Der Damm, der 20 000 Hektar niedriger als der Meeresspiegel gelegenes Feld vor den Fluten zu schützen hat, konnte glücklicherweise noch im zerstörten Zustande seine Aufgabe erfüllen, sodass das Land vor schweren Ueberschwemmungen verschont geblieben ist. Der Schaden beträgt annähernd fünf Millionen Franken.

SPD. Köln, 8. November (Eig. Drahtb.)

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes Rheinland ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung im Bezirk Rheinland so weit gestiegen, dass der Höchststand des Winters 1929/30 überschritten worden ist. Die Zahl beträgt gegenwärtig 267 100, auf die Krisenunterstützung entfallen davon 66 800. In der zweiten Oktoberhälfte hat die Zahl der Unterstützungsempfänger um 6 700, die Zahl der Arbeitssuchenden um 13 400 zugenommen.

SPD. Köln, 8. November (Eig. Drahtb.)

Nach einem Bericht der städtischen Finanzverwaltung rechnet der städtische Finanzdezernent heute schon mit einem Defizit von rund 12 500 000 Mark. Selbst wenn für den Rest des Etatjahres noch die geplante Bürgersteuer erhoben wird - die Stadtverwaltung rechnet mit einer Mehrheit für diese in der Stadtverordnetenversammlung - verringert sich der Fehlbetrag nur um 1 500 000, sodass noch ein ungedeckter Fehlbetrag von etwa 11 Millionen für das laufende Rechnungsjahr verbleibt.

SPD. Paris, 8. November (Eig. Drahtb.)

Die beiden französischen Flieger Lalouet und Goulette sind zu einem Ost-Asienflug gestartet. Sie wollen in zehn Etappen Saigon erreichen.

SPD. Paris, 8. November (Eig. Drahtb.)

Nach einem Modernisierungsprogramm der französischen Staatseisenbahnen sollen auf allen Strecken der engeren und weiteren Umgebung von Paris sämtliche Eisenbahnwagen als Holz durch Stahlwaggons ersetzt werden. 300 Wagen des neuen Modells sind bereits in Auftrag gegeben. Sie sind aussen dunkelgrün, innen hell und modern. Daneben weisen sie die schon viel bemängelte Eigenart auf, kein WC zu besitzen.

SPD. Genf, 8. November (Eig. Drahtb.)

Deutschland ist auf der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz nach einer sehr scharfen Aussprache in der Frage der Einbeziehung der ausgebildeten Reserven in das Abrüstungsprogramm wiederum nicht durchgedrungen. Mit 12 gegen 6 Stimmen bei mehreren Enthaltungen wurde der Antrag Bernstorffs abgelehnt.

Die Kommissionsberatungen begannen mit einer Rede des Japaners Sato, der sich gegen die Festsetzung der Rekrutenkontingente wandte und keine Ausnahme für Länder mit allgemeiner Wehrpflicht wollte. Lord Cecil bedauerte, dass Graf Bernstorff seinen Antrag auf Festsetzung von Kontingenten mit der Frage der ausgebildeten Reserven verbunden habe. Doch unterstützte er den deutschen Antrag, bei dessen Ablehnung er auf Englands Vorschlag der allmählichen Verminderung bestehen müsse. Graf Bernstorff setzte sich äusserst scharf nochmals für seinen Antrag ein. Die letzte Entscheidung verbleibe zwar der Abrüstungskonferenz selbst, aber hier sei doch die Möglichkeit gegeben, schon in der Vorbereitung zu zeigen, dass man wirklich zu einer nennenswerten Abrüstung kommen wolle. Die Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht hätten in Europa den Zustand herbeigeführt, dass das ganze Volk bis zum letzten Mann dauernd unter Waffen stehe. Und nun wolle man eine Konvention machen, die überhaupt keine Notiz nehme von diesem wichtigen Umstand.

Vor der Abstimmung versuchte Sato-Japan ein völlig unwirksames Kompromiss zu erreichen. Wenn die Kontingentierung im deutschen Antrag gestrichen werde, könne Japan zustimmen. Darauf liess sich die deutsche Delegation nicht ein. So kam es zur Abstimmung, wobei Russland, China, Schweden, Holland und Norwegen mit Deutschland, aber Frankreich, Italien, Griechenland, Polen, Japan, Belgien, Rumänien, Türkei und vier weitere Staaten dagegen stimmten. England, Kanada und die Vereinigten Staaten von Amerika enthielten sich der Stimme. Hierauf erklärte Graf Bernstorff, dass er kein Interesse habe an der folgenden Frage der Dienstzeit. Hier lagen 2 Anträge vor. Ein englischer Antrag will eine wesentliche Eindifferenzierung der Höchstdienstzeit für aktive und Reserve Truppen in den verschiedenen Staaten, während Polen eine allgemeine für alle Staaten gültige Höchstdienstzeit vorschlägt. Der Spanier Cobian und Massigli-Frankreich wiesen auf die Gefahren des polnischen Antrages hin. Dabei führte Massigli einen grossen Eiertanz auf, um die Bereitwilligkeit Frankreichs zur Herabsetzung seiner aktiven Dienstzeit zu beweisen. Er bezeichnete es als ein besonderes Opfer. Litwinoff griff ebenfalls ein. Er entschuldigte sich bei dem Präsidenten, dass er noch das Wort Abrüstung gebrauche. Er glaube aber, dass dies Wort hier verboten sei. Wenn die Kommission irgend eine wirksame Art der Abrüstung angenommen hätte, dann hätte der polnische Antrag etwas bedeuten können. So aber könne er niemals zu einer Abrüstung führen. Die Öffentlichkeit werde sehen, dass hier eine Täuschung vor sich gehe. Die Kommission könne nur zu schlechten und gefährlichen Resultaten kommen. Ohne Ent-

scheidung musste die Aussprache auf Montag vertagt werden.

Inzwischen haben sich die Marinesachverständigen in zwei Sitzungen noch nicht einigen können über die Frage der unbegrenzten oder begrenzten Einstellung von Offizieren und Unteroffizieren in die Marine.

SPD. Wien, 8. November (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend hat der Wahlkampf in Österreich seinen Höhepunkt erreicht. In Wien hat die Sozialdemokratie wenige Versammlungen in geschlossenen Räumen abgehalten, dafür aber 20 Riesendemonstrationen mit Fackelzügen veranstaltet, an denen insgesamt Hunderttausende teilgenommen haben. Ein einziger von den 20 Zügen, der im Arbeiterbezirk Favoriten, wies eine Beteiligung von über 25 000 Menschen auf, der Vorbeimarsch eines anderen dauerte drei Stunden. Halb Wien war am Sonnabend abend auf den Beinen. Auch die Gegner organisierten mehrere Demonstrationen, z. B. der Schober-Block, der den früheren Bundeskanzler am Westbahnhof feierlich empfing, als er von seiner Wahlreise in Vorarlberg wieder eintraf. Auffallend war dabei, wie die Wiener Schutzmannschaft, die Schober gegen Vaugoin die Treue hält, zu Hunderten geradezu ostentativ an diesem Empfang teilnahm.

Die Hakenkreuzler haben sich Dr. Frick verschrieben, der allerdings nur eine einzige Versammlung, jedoch mit zwei Schilling Eintrittsgeld gleich 1,20 Mark abhielt.

Ernstere Zusammenstöße haben sich zwischen den gegnerischen Demonstrationen bis zum späten Abend nicht ereignet, auch werden aus der Provinz keine Zwischenfälle nennenswerter Art gemeldet, sodass man hofft, dass der Wahltag ruhig und ordnungsmässig verlaufen wird.

SPD. Warschau, 8. November (Eig. Drahtb.)

Schon vor ein paar Wochen war ein Gerücht im Umlauf, dass zwei der verhafteten Abgeordneten nicht lebend aus dem Gefängnis von Brest Litowsk zurückkehren werden, nämlich der Sozialdemokrat Dr. Liebermann und der Nationaldemokrat Korfanty. Von letzterem wurde behauptet, er werde an Darmverschlingung in Brest sterben. Am Sonnabend wurde dem Verteidiger Liebermanns, dem Rechtsanwalt Smiarowski, vom Untersuchungsrichter Demant mitgeteilt, dass Dr. Liebermann eine Flanellbinde und grössere Schuhe verlange, da ihm die bisherigen Schuhe zu eng geworden seien. Man schliesst daraus, dass Dr. Liebermann an einem Nierenleiden erkrankt ist, und dass sein Leben im Gefängnis in Gefahr schwebt.

SPD. London, 8. November (Eig. Drahtb.)

Mit sensationellen Ueberschriften wurde am Sonnabend in verschiedenen englischen Morgenblättern von einer Umbildung der Labour-Regierung und von einem bevorstehenden Rücktritt Snowdens und zweier anderer Minister berichtet. Als Ursache wurden schwere Differenzen in der Regierung über die Arbeitslosenfrage angegeben. Hierzu erklärt Mac Donald: Alle diese Meldungen sind unwahr. Das Kabinett ist sich in der Frage der Arbeitslosenbekämpfung und in den hierzu erforderlichen Massnahmen einig.

Bei all diesen, besonders in der konservativen Presse seit Monaten verbreiteten und periodisch wiederkehrenden Meldungen über den Rücktritt Snowden ist der Wunsch lediglich der Vater des Gedankens. Snowden, der den Besitzenden die Steuerschraube in einer Art angezogen hat, wie nie vorher in der Geschichte ein Finanzminister, dieser Snowden ist der bestgehasste Mann des englischen Bürgertums. Die Hetze gegen ihn ähnelt heute in England sehr stark an jene

Aktionen, die vor dem Kriege in Frankreich gegen Caillaux betrieben wurden. Da aber Snowden bisher nicht von aussen gestürzt werden konnte, versuchen es seine Gegner von innen heraus, indem sie ihn ständig in Gegensatz zu den übrigen Mitgliedern der Arbeiterregierung zu bringen versuchen. In Wahrheit werden alle Finanzmassnahmen der Labour-Regierung nicht von Snowden direkt getroffen, sondern sie unterliegen stets einem gemeinsamen Kabinettsbeschluss, und es ist in jeder Beziehung und in jeder Richtung ein törichter Versuch, den englischen Finanzminister in Gegensatz zu seinen Ministerkollegen zu bringen.

SPD. London, 8. November (Eig. Drahtb.)

Die englische Regierung hat das zeitweilige Verbot der jüdischen Einwanderung nach Palästina aufgehoben. Für die nächsten sechs Monate sind 1500 Einwanderungsgesuche bewilligt worden. Die liberale Unterhausfraktion hat beim Ministerpräsidenten eine Debatte über die Palästinafrage beantragt.

SPD. Rio de Janeiro, 8. Nov. (Eig. Dr.)

Der frühere Ministerpräsident der gestürzten Regierung ist verhaftet worden.

SPD. Hannover, 8. November (Eig. Drahtb.)

In der Hannoverschen Stadthalle wurde heute die Demokratische Partei zu Grabe getragen. Bürgermeister Petersen-Hamburg und Höpker-Aschoff hielten die Grabrede. Die Debatte war zuweilen sehr stürmisch, besonders als Dr. Braubach-Berlin im Namen der Unabhängigen Demokraten eine ziemlich scharfe Oppositionsrede hielt. Er wurde wiederholt stürmisch unterbrochen und konnte nur unter grosstem Widerstande sich durchsetzen. Er forderte in seiner Rede, dass die Führung doch klaren Wein einschenken solle. Die Deutsche Staatspartei würde ja nur deshalb gegründet, damit die Führer nicht ohne Massen zur Volkspartei denn die Reise ginge zur Deutschen Volkspartei. Das machten die Unabhängigen Demokraten nicht mit. Die Regie klappte aber ausgezeichnet, denn hinter Braubach sprachen gleich Schäfer-Köln und Staatssekretär Meyer-Berlin, die sich beide warm für die Gründung der Staatspartei einsetzten. Meyer erklärte gegenüber Braubach, dass die Führer nicht daran denken, mit der jetzigen Deutschen Volkspartei, die so weit nach rechts gerückt sei, zusammenzuarbeiten.

Im Verlaufe der Debatte sprachen noch weiter Hofheif-Heidelberg, Heile-Berlin, von denen der letztere sehr starke Bedenken zum Ausdruck brachte. Er schilderte, dass er wegen seiner Tätigkeit für die interparlamentarische Union nicht als Reichstagskandidat der Deutschen Staatspartei aufgestellt worden sei. Falck, der Führer der Landtagsfraktion und Frau Dr. Bäumer setzten sich aber stark für die Gründung der Staatspartei ein, während Professor Quide erklärte, dass er den Weg zur Staatspartei nicht mitmachen würde. In der Abstimmung stimmten dann von den 334 Delegierten nur 16 gegen eine Entschliessung des demokratischen Parteivorstandes, die folgenden Wortlaut hatte:

"Der Parteitag möge entschliessen, 1.) die Deutsche Demokratische Partei wird aufgehoben. 2.) Das Vermögen wird als Ganzes auf die Deutsche Staatspartei übertragen. 3.) Den Organisationen wird empfohlen, sich insgesamt der Deutschen Staatspartei anzuschliessen.

Da die notwendige Dreiviertelmehrheit erreicht war, hat die Demokratische Partei somit ihr Ende erreicht. Mit dem Gesang des Deutschlandliedes ging man auseinander. Morgen vormittag findet die Gründung der Staatspartei statt.

SPD. London, 8. November (Eig. Drahtb.)

Einem Fassadenkletterer gelang es in der Nacht zum Sonnabend in die Wohnung Lloyd Georges einzudringen. Er erbeutete Schmuckstücke im Werte von 12.000 Mark.

SPD. London, 8. November (Eig. Drahtb.)

Wie im vergangenen Jahre Lettow-Vorbeck, so hat jetzt General Kress von Kressenstein seinen ehemaligen englischen Feinden in London einen Besuch abgestattet. Kress von Kressenstein kommandierte im Krieg die türkischen Palästina-truppen gegen eine englische Division. Der deutsche General legte u.a. einen Kranz am grossen Londoner Kriegerdenkmal nieder. Am Freitag abend fand ein Essen statt, bei dem etwa 120 englische Offiziere anwesend waren. Kress von Kressenstein hielt eine grosse Friedensrede und wurde herzlich gefeiert.

Warum wir davon Notiz nehmen? Wenn die Sozialdemokraten und die internationale Arbeiterbewegung unablässig bestrebt sind, dem Frieden zu dienen und ihn zu erhalten, damit das Massenschlachten und Kriege für alle Zeiten aus der Welt geschafft werden, dann werden diese Sozialdemokraten von den Kressensteinern als Vaterlandsverräter bezeichnet. Haben dann aber diese Generäle und ihre Anhänger trotz Sozialdemokratie Europa ins Unglück gestürzt, sind Millionen in die Massengräber gesunken und die Völker Jahrzehnte lang wirtschaftlich erschöpft und ruiniert, dann beziehen die Generäle ihre Pensionen, reichen sich die Hände, halten Friedensreden, beschimpfen aber die Sozialisten ihrer Länder weiter und bereiten sich für den neuen Krieg vor.

SPD. Der neue Schiedsspruch zur Neuregelung der Löhne in der Berliner Metallindustrie, der am Sonnabend von dem Dreimänner-Schiedsgericht, bestehend aus dem früheren Reichsarbeitsminister Brauns, Oberbürgermeister Jarres und Professor Sinzheimer, gefällt worden ist, hat folgenden Wortlaut:

1.) Der zur Zeit geltende Lohntarif bleibt bis zum 16. November 1930 vollinhaltlich in Kraft.

2.) Die bisherigen Tarifmindestlöhne werden vom 17. November 1930 bis einschliesslich 18. Januar 1931 in allen Gruppen um 3 % gekürzt.

3.) Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifmindestlöhne um weitere 3 % für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren und um weitere 5 % für alle übrigen Gruppen.

4.) Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum Schluss der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.

Berlin, den 8. November 1930.

gez. Dr. H. Brauns, Dr. Jarres, Prof. Dr. Sinzheimer

Dem Spruch ist folgende Begründung mit auf den Weg gegeben worden:

"Die Berliner Metallindustrie befindet sich, ebenso wie die gesamte deutsche Wirtschaft, in einer schweren Krise. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland auf 3 Millionen angewachsen und droht noch weiter zu wachsen. Dass diese Krise auch weltwirtschaftlichen Charakter hat, befreit das deutsche Volk nicht von der Pflicht, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, dass die Not nicht steigt und alles zu tun, was eine Besserung erwarten lässt.

Dazu bedarf es wirksamer Preissenkung auf allen Gebieten. Wenn diese auch nicht allein von der Lohnseite her erfolgen darf, so ist das Lohnkonto doch ein so wichtiger Bestandteil der Gestehungskosten, dass an ihnen nicht vorbeigegangen werden kann.

Von einer Löhnsenkung kann allerdings die wünschenswerte Belebung der Wirtschaft nur dann erwartet werden, wenn dadurch die Kaufkraft der Massen nicht dauernd gesenkt wird. Die Schlichter haben deshalb erwogen, ob nicht die Löhnsenkung in eine feste Beziehung zur Entwicklung der Preise, insbeson-

dere der Lebensmittelpreise, gebracht werden könnte. Die Verwirklichung dieses Gedankens scheiterte indes an der Unmöglichkeit seiner allgemeinen technischen Durchführung. Wenngleich wohl die Schlichter im vorliegenden Falle eine Lohnsenkung in ihrem Schiedsspruch für unvermeidlich hielten, so geschah das in Kenntnis gewisser bereits eingeleiteter Massnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise und in der sicheren Erwartung, dass die allgemeine Herabsetzung der Preise der gewerblichen Produkte wie auch der Lebensmittel, von allen verantwortlichen Stellen mit grösster Energie auch weiter verfolgt wird. Dabei kommt es darauf an, dass diese Preissenkung sich bis zum letzten Konsumenten durchsetzt. In den Schlichtungsverhandlungen erklärten die Vertreter der Berliner Metallindustrie, dass eine erhebliche Senkung der Preise ihrer Produkte bereits erfolgt sei und weitere Senkung bevorstehe.

Was das Ausmass der Lohnkürzung anbelangt, so haben die Schlichter erwogen, dass die Senkung der Lebensmittelkosten sich erst auszuwirken beginnt und dass der Arbeiterschaft Zeit gelassen werden muss, um sich auf die Lohnkürzung in ihrer vollen Höhe einzustellen. Mit dieser Abweichung haben sich die Schlichter Inhalt und Begründung des ersten Schiedsspruchs zu eigen gemacht.

Die Schlichter sind sich bewusst, dass ihr Schiedsspruch eine über die Beilegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, dass die Einzelheiten dieses Schiedsspruchs schematisch auf andere Fälle übertragen werden könnten. Unter Berücksichtigung der dargelegten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte wird vielmehr jeder Fall nach seiner Eigenart zu beurteilen sein.

Die Schlichter waren bei der Gestaltung ihres Schiedsspruchs an den Inhalt des noch laufenden Manteltarifvertrages, in den ohne feststehende Einwilligung der Tarifvertragsparteien ein Eingriff nach einer bekannten Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts im Eisenkonflikt Nord-West 1928 nicht möglich ist, gebunden. Aus diesem Grunde musste es bei der im Manteltarif geregelten Festsetzung der Mindestlöhne der Arbeiterinnen über 18 Jahre sein Bewenden behalten. Aus dem gleichen Grunde konnte auch die Frage der Arbeitszeit in diesem Verfahren nicht behandelt werden."

+ + +

Die Entscheidung der drei Unparteiischen wird nicht nur in der Berliner Metallarbeiterschaft, sondern in der gesamten deutschen Arbeiterschaft Empörung hervorrufen. Das also soll die Lösung eines für ganz Deutschland bedeutsamen Lohnkonflikts sein! Die Arbeiterschaft hat etwas anderes erwartet. Ihr Vertrauen zu der Schiedsstelle nicht gerechtfertigt worden. Was bringt der neue Spruch? Eine Lohnsenkung um 8 % ab Mitte Januar. Diese Lohnsenkung ist ein Faktum. Wie steht es aber mit der Preissenkung? Hier bieten die Schlichter den Arbeitern nur Versprechungen und Hoffnungen. Sie erwarten, dass bis zum Januar die Preissenkungsaktion sich voll auswirkt. Und wenn sie sich nicht auswirkt? Was dann? Dann zahlen eben die Berliner Metallarbeiter die Zeche! Der einzige mildernde Umstand an dem Schiedsspruch ist seine verhältnismässig kurze Laufdauer. Werden die Berliner Metallarbeiter getäuscht, wird ihr Reallohn tatsächlich ab Januar empfindlich gesenkt, tritt die versprochene Preissenkung nicht ein, dann wird die Metallarbeiterschaft sofort und sechs Monate lang rüsten, um Abrechnung zu halten!

Die Entscheidung der drei Unparteiischen ist ein Missgriff. Die Begründung die sie ihrem Spruch mit auf den Weg geben, ist mehr als matt. Sie ist nichts anderes als die Wiederholung der lohnpolitischen Ansichten der Brüning-Regierung, die es sich anscheinend in den Kopf gesetzt hat, den Arbeitern, koste es was es wolle, 8 % Lohnabbau aufzuknallen!

Die Arbeiter werden schlechter behandelt als die Beamten, denen man nur einen Gehaltsabbau von 6 % zumutet und zwar bei einer Freigrenze bis zu 1500 Mark. Die Arbeiterschaft muss verlangen, dass bei der Verteilung der Lasten nicht mit zweierlei Mass gemessen wird.

Die Regierung Brüning spielt ein gewagtes Spiel. Wenn sie nicht in der Preisabbauaktion ihre Versprechungen einlöst, muss sie sich auf schwere Stürme gefasst machen!

Der abessinische Krönungsrummel.

SPD. Wohl noch nie hat ein exotisches Land zur Krönungsfeier seines Herrschers einen so grossen Auftrieb von Vertretern der grossen europäischen Mächte, der Vereinigten Staaten und Ägyptens gesehen wie Abessinien. Gross-Britannien schickt den Herzog von Gloucester, Italien und Schweden ebenfalls einen Prinzen, Frankreich den Marschall Franchet d'Esperey, Ägypten zwei hohe koptische Kirchenfürsten, Belgien, Deutschland und noch einige Länder sind durch ihre Gesandten vertreten und Amerika entsendet, ein ungewöhnlicher Vorgang in seiner Geschichte und ein Beweis für sein grosses Interesse an dem alten christlichen Kaiserreich, das wie eine riesige Festung auf einem bis zu 4000 m ansteigenden Bergplateau liegt, sogar einen Vertreter des Staatsdepartements für Auswärtige Angelegenheiten und einen General.

Am 8. November wurde in der Kathedrale von Adis Abeba nach dem uralten Zeremoniell der koptisch-orthodoxen Kirche der bisherige Ras Tafari zum Negus Negesti (König der Könige), Hillie Sellasie dem Ersten, König von Aethiopien, Juda und Zion gekrönt. Als Vertreter moderner Anschauungen hat sich der neue Negus nicht damit begnügt, seine Thronbesteigung nach der herkömmlichen Landessitte zu feiern. Als besondere Attraktion für die Veranstaltung ist die Krönungskutsche Wilhelms des Zweiten für Alt erworben worden. Sie wird von sechs Hengsten aus dem ehemaligen Marstall der kaiserlich und königlich österreichisch-ungarischen Monarchie gezogen. An böse Vorzeichen scheint man in Abessinien jedenfalls nicht zu glauben und hoffentlich geht die Regierung des neuen Herrschers nicht mit einem ähnlichen Eklat zu Ende wie die seiner Kollegen, die sich bei ihrem Regierungsantritt dieses Kulissenzaubers bedient haben.

Es hat immerhin einige Zeit gedauert bis der ehemalige Stammeshäuptling, Ras Tafari zum Negus Tafari hat avancieren können. Er hat mehrere Jahre politischer Intrigen und gewalttätiger Akte gebraucht, um sein Ziel zu erreichen. Erst im vorigen Jahre ist es Tafari geglückt, die bisherige Kaiserin Zauditu (Judith), als deren Stellvertreter er bis dahin funktionierte, von dem fast dreitausend Jahre alten Thron Abessiniens zu stossen und sie in ein Kloster zu stecken, hinter dessen Mauern sie im April dieses Jahres gestorben ist. Einige Mordanschläge des ehrgeizigen Thronaspiranten wurden durch die anständige Gesinnung eines armenischen Hofarztes vereitelt, der sich weigerte, der Kaiserin Gift zu verabreichen und von dem wütenden Usurpator ins Gefängnis geworfen wurde. Nur die Intervention eines amerikanischen Diplomaten und eines amerikanischen Forschers haben den Ehrenmann aus einer Haft, die lebenslanglich dauern sollte, gerettet.

Im Alleinbesitz der offiziellen Macht will Negus Tafari sein Land herrlichen Zeiten entgegenführen. Leicht wird ihm die Ausführung dieses Planes nicht fallen, denn Abessinien besteht immer noch aus einer Reihe fast unabhängiger Provinzen, deren Verhältnis zum Herrscher durch die Stärke der militärischen Machtmittel und die Rücksichtslosigkeit ihrer Anwendung gegen die unbotmässigen Vasallen bestimmt wird. Das Programm des neuen Herrschers gleicht in seiner Idee und seiner Ausführung sehr stark dem der Türkei und Persiens. Das von Ackerbauern und Hirten bewohnte Hochplateau, in dem die Sklaverei noch die Grundlage der Wirtschaft bildet, soll zu einem modernen Militär- und Industriestaat gemacht werden. In der Praxis wird der Uebergang des Landes aus dem Schlummer, in dem es sich seit Jahrhunderten befindet, zu modernen Formen auch nicht allmählich sondern durch das Machtwort eines Despoten erfolgen. Das heisst, auch für Abessinien wird ein ungeheurer Apparat von Maschinen hauptsächlich aber von modernen Kriegsmitteln mit riesigen Kosten und mit Hilfe von der Bevölkerung abgepressten riesigen Summen geschaffen werden, der wie wo anders auch hier zum Leerlauf verurteilt sein wird, weil er in die Wirtschaft des Landes nicht mit einem Schlage organisch eingefügt werden kann. Die Grundlage dieses auf diese Weise entstehenden Zwittergebildes wird wie in der Tür-

kei und in Persien ein Heer und Bruchstücke von Fabrikanlagen, Radiostationen und irgendwelchen andern technischen Spielereien bilden, deren Wirkung darin bestehen wird, dass die Entwicklung des Landes in einen Zustand gerät, der seinem arabischen Namen "Habesch" d.h. Verwirrung alle Ehre machen wird.

Das auffallende Interesse der europäischen Mächte an der Feier ist nicht nur eine Wirkung der in der skurrilen abessinischen Schrift an die Teilnehmer des Völkerbundes versandten Einladungen. Ihre Anteilnahme wird als erstes durch die Aussicht wachgerufen, dass die Modernisierung des Landes ihnen die Möglichkeit geben wird, sich an der Lieferung von Maschinen und an der Stellung von Sachverständigen zu beteiligen. Weiter hoffen alle Beteiligten etwas von den Konzessionen zur Ausbeutung der Bodenschätze zu profitieren, an denen das Land sehr reich ist. Der allgemeine Appetit darauf ist so gross, dass auch der Eintritt Abessiniens in den Völkerbund kein Schutzmittel gegen seine künftige Rolle als Zankapfel in der internationalen Politik sein wird. Das Land ist durch seine geographische Lage förmlich dazu prädestiniert, denn es ist zwischen den Besitz der drei grossen europäischen Kolonialmächte eingeklemmt und wird auf diese Weise von Zugang zum Meere abgeschlossen. Im Nordosten stösst Abessinien an Italienisch-Erythraa, im Süden an die englischen Besitzungen Kenia und Uganda, im Südwesten an den Sudan und im Osten an die französische Kolonie Dschibuti. Der vor zwei Jahren entstandene und zunächst durch langwierige Verhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten begrabene Konflikt um den Bau des Staudamms am Tsana See, zeigt, wie gross die Reichweite der politischen Erschütterungen in der abessinischen Erdbebenzone ist. Der Besitz des Sees ist von der allergrössten Wichtigkeit für die Entwicklung einer Bewässerungswirtschaft im Lande selbst und seiner Nachbarländer. Die Vereinigten Staaten, die durch einen politischen Abenteurer im Dienste des Negus auf die Bedeutung des Landes aufmerksam gemacht worden sind, wurden bis jetzt noch von England daran gehindert, sich an der Grenze der afrikanischen Einflussphäre Englands festzusetzen. Auch die Italiener sind nicht müsig. Sie haben von Somaliland her eine grosse Autostrasse über das Gebirge hinweg in das Innere bis nach Adis Abeba in Angriff genommen und sich auch an wichtigen Punkten des Landes wirtschaftlich festgesetzt. Gleichzeitig bemühen sich Kapitalisten aus den verschiedensten Ländern bei den Provinzgouverneuren um Konzessionen zur Ausbeutung von Mineralschätzen, die nur zu gern gewährt werden, weil sie den machtlüsternden Satrapen die Mittel in die Hand geben, sich für den Kampf um die Alleinherrschaft des Landes zu stärken.

Alles in Allem: an eine ruhige Entwicklung von Abessinien wird selbst dann schwer zu glauben sein, wenn die Reformen mit Geschick, Verständnis und mit schnellem Erfolge durchgeführt werden könnten. Noch ist schwer vorauszu- sehen, ob der Anschluss an den Völkerbund die Störungen dieser Entwicklung aufzuhalten vermag und ob nicht die Gäste an der Tafel des Negus sich sehr bald in die Teilnehmer einer Konferenz verwandeln werden, die sich am grünen Verhandlungstisch mit ebenso grossem Appetit Teile des Landes zu Gemüte führen werden wie die kulinarischen Genüsse des festlichen Krönungsmahles.

SPD. Professor Quidde hat dem Oberst Lange mitgeteilt, dass er nur aus der Berliner Ortsgruppe ausgeschieden ist. In München bleibt er weiter Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft.

SPD. Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats traten am Sonnabend unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Schäffer vom Reichsfinanzministerium zusammen, um die zum Finanzplan der Reichsregierung gehörende Novelle zur Tabaksteuer zu beraten.

Aus aller Welt

Mörderin mit sechzehn Jahren!

Liesa Neumann, die ihren Liebhaber erst umschmeichelte und dann ersticken liess - Ist sie für ihre Tat voll verantwortlich zu machen?

SPD. Die Vernehmung der Berliner Uhrmachermörder Stolpe und Benziger dauerte an, desgleichen die Vernehmung der 16jährigen Mittäterin Liesa Neumann. Während die beiden Mörder die Hauptschuld zuerst auf das junge Mädchen schoben, bekennen sich jetzt alle drei Verbrecher in gleicher Weise schuldig und zeigen tiefe Reue. Liesa Neumann ist weinend zusammen gebrochen.

Ist es ein Zufall, dass gerade jetzt die Pubertätsjugend im Mittelpunkt des kriminellen Geschehens steht? Man denke an den Fall der kleinen Langanke, die ihren Vater wissentlich falsch beschuldigte, Vater ihres Kindes zu sein - eine Tragödie, der in kurzer Zeit zwei absolut gleich gelagerte Fälle im Rheinland folgten. Man denke auch an Gertrud Frenzel, dieses zweifellos pathologische Geschöpf, das seit Wochen, sogar Monaten, vor dem Potsdamer Gericht ein grosses Affentheater zur Befriedigung seines sexuellen Geltungsbedürfnisses aufführt, wobei eine geschickte Klikenregie zusammen mit einer hilflos scheinenden Justiz ihr dazu die lächerlichsten Handlangerdienste leistet, und ein pflichtvergessener Seelsorger sich als ein Heuchler entpuppt, der geradezu einer Komödie Molières entsprungen sein könnte. Die Krönung der furchtbaren Serie der Pubertätsverbrechen liefert Liesa Neumann, ein Typ, den der Berliner Volksmund frech, aber nicht ganz unzutreffend als "Rummelplatznutte" bezeichnet

Die Mord-Kommandantin.

Geben wir uns keinen Illusionen hin, die sechszehnjährige Liesa ist die geistige Dominante, die Führerin dieser Mordtat, der Mordtat in der Drontheimer Strasse, sie inspiriert nicht nur, sie kommandiert das Verbrechen mit der Energie eines Feldwebels und schwingt mit Megärenmiene das Beil über dem Kopf des Mannes, dessen Bett sie eben, wie schon seit längerer Zeit, teilte. Sie hat den Plan geschaffen, sie hat sich als Instrumente zwei junge Leute gedungen, die ihr ebenso hörig waren, wie der Uhrmacher, den sie ermorden liess.

Seltsame Erscheinung, dass ein 16jähriges Mädchen zwei erwachsene Männer so intensiv zu beherrschen vermag, dass sie für ein paar Bagatellen riskieren, sich, wenn sie Pech haben, in die Gewalt des Scharfrichters zu begeben. Seltsam, dass der alte Uhrmacher, der hunderte von Mädchen zur Verfügung hatte und dem sicher schönere Mädchen vorgekommen sind, sich in die Neumann gewissermassen rettungslos verlieben musste. So ist es allerdings erklärlich, dass der Uhrmacher vollkommen in den Bann Liesas geriet, die auf ihn offenbar jene sexuelle Anziehungskraft ausübte, wie sie sonst nur durchtriebenste Frauen von 30 und mehr Jahren auszuspielen haben.

Eine zweite Gabriële Bompard.

Die Tat war durchdacht, aber durchdacht mit dem Mückenhirn einer mehr zweckstrebigen als vorsichtigen Verbrecherpsychologie. Es ist von der jugendlichen Mörderin eine der seltenen Arten des Mordes: der Mord im erotischen Hinterhalt gewählt worden, nur hatten die Koryphäen dieser Mordart Eyraud-Bompard in Paris und Lederer in Budapest das Opfer in einen Hinterhalt gelockt.

während Liesa ihrem umschmeichelten Liebhaber das Ende im eigenen Bett bereitete. Vorausbedacht, den alten so zu bestriicken und zu verstricken, dass der Mord an ihm eine Spielerei wurde, trank sie vorher mit ihm Likör und ging mit ihm ins Bett, um ihn im entscheidenden Moment mit der gleichen Liebenswürdigkeit zu betücken, mit der Gabriele Bompard s.Z. dem Gerichtsvollzieher den Gürtel ihres Schlafrockes um den Hals schlang, den ihr Liebhaber am Flaschenzug in die Höhe wand. Liesa beruhigte den Uhrmacher, als die nervösen Verbrecher, im Laden unprogrammässigen Lärm machten und liess ihn nicht aus ihren Armen. Während der Uhrmacher um sein Leben rang, feuerte Liesa immer wieder die Mörder, deren Kraft schon zu erlahmen drohte, an und griff schliesslich zur Axt und befahl, mackt wie eine blutige Erinnye, das Ende. Da vollendeten Stolpe und Benziger ihr grausiges Werk, sie wollten vor Liesa nicht feige erscheinen.

Marionetten der Geschlechtlichkeit.

Es ist überaus schwer, das verbrecherische Seelenleben einer solchen jugendlichen zielbewussten Mörderin überhaupt auszudenken, und wenn man es tut, so fallen einem die Gegensätze auf, die in der Tat als solcher liegen und deren jeder geistige Zusammenhang fehlt.

Gab es für die drei nicht andere Gewinnchancen, als einen alten Mann unter Umständen umzubringen, die mit Bestimmtheit fast die Täter liefern musste? So verblüffend auf der einen Seite die Zweckmässigkeit des Handels erscheint, so unbedacht ist auf der andern Seite die Ausführung. Selbst dann wenn wir annehmen, dass Liesa von dem Drang nach Geld und Wohlleben erfüllt war, so begreift man die Tatsache nicht, dass sie, die kleine Rummelplatznutte, ihren Aufstieg mit einem so aussichtslosen Raubmord beginnen wollte. Es standen ihr zweifellos auf dem durchaus harmloseeren und für sie nicht ganz unbekanntem Wege der Prostitution bessere Chancen offen. Es liegt hier also etwas drin, was den Mord erst erklären muss, ein tieferes Motiv, das fast zwangsläufig zu dieser Handlung drängte. Die Komplizen, die erwachsenen Männer, die sich von einem halben Kind als Marionetten ihrer Geschlechtlichkeit in den Blutsumpf drängen liessen, sind zwar dem Gesetz voll, die eigentliche Täterin als Jugendliche nur beschränkt verantwortlich. Sie handelten einfach, wie Liesa es wollte.

"Sex appeal"

Nun ist die einzige Aufgabe, zu ergründen, warum wollte Liesa ausgerechnet den Mord? Aus Angst, Ulbrich hätte sie wegen der vor einem halben Jahre begangenen Erpressungen anzeigen können? Wohl kaum, denn sie war sich des Einflusses ihrer lasterhaften Pubertät auf die senilen Gelüste ihres Freundes wohl bewusst und hat ihn nach einem früheren Streite doch im Nu wieder für sich eingefangen. Er hing in einer ganz besondern Hörigkeit an dem durch und durch verdorbenen Mädchen, dem jenes eigentümliche Mass von Anlockungsfluidum eigen war, welches man heute "Sex appeal" nennt und das nicht nur ihn, sondern auch die Komplizen und wer weiss, wen noch, berückte.

Schwangerschaftspsychose?

In der Tiefe aller Tiefen liegt hier ein Sexualdelikt, eine Sexualrache vielleicht, eine aus dem Unbewussten oder Unterbewussten aufkeimende Tat, welche zu beurteilen dem Sexualwissenschaftler und Psychiater vorbehalten bleiben muss. Eines steht fest, das Mädchen ist zur Zeit im 5. Monate schwanger und die Tat somit in einem Stadium begangen, welches wir später erst als den Zustand der Menstruation als eine Wurzel verbrecherischer Betätigung erkannt haben, so dass wir erst jetzt anfangen, den in der Schwangerschaft begangenen Strafhandlungen einiges Verständnis entgegenzubringen. Die Schwangerschaft ist ein Dauerzustand mit den grössten Steigerungs- und Verschlimmerungschancen, sodass wir hier eine Schwangerschaftspsychose in den Bereich der Möglichkeiten ziehen müssen. So unsympathisch uns das Mädchen ist, und so sehr wir sie uns voll verantwortlich wünschen würden, so müssen wir doch alle Möglichkeiten in Erwägung ziehen, welche Unfreiheit des Willens bedingen könnten.

Es gibt viele Liesa Neumanns -

Dass solche Mädchen im Pubertätsalter Führerinnen von Räuber-, Schmuggler- und anderen Banden sind, die sich aus älteren männlichen Mitgliedern zusammensetzen, ist keineswegs ein seltenes Ereignis. Erst vor einigen Wochen wurde eine 18jährige Bandenführerin in Lichtenberg verhaftet, in New York eine 19jährige, die ständig zwei Pistolen im Gürtel trug, und eine 19jährige in Toulouse, die als Apachin Automobilüberfälle inszenierte. In Illinois beging die Bande eines kaum der Schule entlassenen Mädchens grosse Banküberfälle und erst nach dem 230. wurde sie gefasst, in Hamburg hatte ein Mädchen vom 13. Jahre an ein Räuberleben im Auftrag ihrer Mutter geführt und erst mit 21 wurde sie als Führerin einer weiblichen Räuberbande dingfest gemacht.

Vielfach begegnen wir der Tatsache, dass die Frauen die gesamte Bande im Banne einer sexuellen Hörigkeit halten und dass die männlichen Mitglieder einen unbedingten Gehorsam aufweisen, den sie keinem männlichen Chef bewilligen würden. Sexuellen Untergrund hatte auch die vor einigen Jahren in London ausgehobene Bande der "Weissen Elefanten", die ausschliesslich aus Lesbierinnen bestand und langezeit, da ihr auch verhältnismässig "bessere" Damen angehörten, ungestört ihr Wesen treiben konnte.

- aber sie waren niemals Mörderinnen.

Trotz alledem präsentiert sich der Fall Liesa Neumann als eine ganz besondere Scheusslichkeit, denn alle anderen Bandenführerinnen vermieden den unnötigen Mord, der uns hier als eine vollkommen unmotivierte Komplikation des Raubes entgegentritt. Er bedeutet insofern ein vollkommenes Novum der Kriminalgeschichte, weil niemals von einem derartigen jungen Individuum eine derartige Mordtat geleitet und durchgeführt worden ist, und vor allem, weil die schwangere Frau niemals im Mittelpunkt einer derartig ausgeklügelten Mordtat gestanden hat. Beziehungsweise, seien wir ehrlich, weil wir bis jetzt in der Kriminalistik auf die Tatsache der bestehenden Schwangerschaft niemals den Wert gelegt haben, der ihr wohl als zum Verbrechen führendes Moment zukommt. Nachdem wir aber wissen, dass bei der Schwangerschaft Gifte entstehen und im Körper kreisen, so werden wir diesen Frauen in Zukunft eben die mildernden Umstände des Giftrausches zubilligen müssen, auch wenn es uns noch so sehr widerstrebt.

+ + +

Die Professoren-Killer von Heidelberg.

"4 Jahre Mord" und das schlechte Gewissen der Feme-Freunde.- Nazi-Sturm gegen einen "Unwürdigen".- Herr Abendroth führt die akademischen Landesknechte.-

SPD. Die Heidelberger Nazis und die ihnen verwandten reaktionär-faschistischen Verbände wollen zu einem grossen Schlag ausholen. Das Objekt ihrer wüsten Hetze ist der ausserordentliche Honorarprofessor an der Heidelberger Universität, Dr. E.J. Gumbel, ein Wissenschaftler von europäischem Ruf, dessen unterschiedene linkspolitische Einstellung den nationalsozialistischen Finsterlingen und ihrem Hugenbergschen Stahlhelmgefolge ein Dorn im blauen Auge ist. Professor Gumbel hat sich den Putschisten vom Hakenkreuz besonders durch sein bekanntes Buch "Vier Jahre Mord" verhasst gemacht, in dem er mit minutiöser Gründlichkeit das schauerliche und bestialische Treiben der rechtsradikalen Femeverbände, ihr Killsystem und ihre Waffenschiebungen aufgezeigt hat.

+

Man macht sich kaum einen Begriff davon, mit welcher Infamie die reaktionäre Meute gegen den bewährten Gelehrten hetzt. In der Universität werden Flugzettel eines obskuren "Aktionsausschusses der nationalen Studenten Heidelbergs" vertrieben, in denen der republikanische Gelehrte in der wütesten Weise beschimpft und als "Unwürdiger" bezeichnet wird. Die faschistischen Studenten, deren persönlicher Mut sich durch die Tatsache besonders charakterisiert, dass diese widerlichen Schmähungen eines verdienten Mannes streng anonym ausgestos-

sen werden, besitzen die Unverschämtheit, Professor Gumbel in einem Propaganda-plaket, das die Heidelberger Litfassäulen ziert, als "ungeeignet, die deutsche Jugend zu erziehen", zu diffamieren.

+

Aber noch nicht genug damit. Um den Treibereien die Krone aufzusetzen, haben die nationalsozialistischen Studenten eine Versammlung gegen den Gelehrten einberufen, zu der sie sich ein Mitglied der berüchtigten Mörderbrigade Ehrhardt und zwar den Kapitänleutnant Abendroth, verschrieben haben. Kapitänleutnant Abendroth ist jener Rechtsbrecher, der seinerzeit den Putschistenherrscher Ehrhardt durch List und Gewalt aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis befreit hat. In seinem Buch "Vier Jahre Mord" hat Gumbel auf diesen verbrecherischen Streich des Abendroth und die dunkle Rolle, die dieser Landsknecht in den Femejahren als Mitglied der Brigade Ehrhardt gespielt hat, mit aller Deutlichkeit hingewiesen.

+

Rektor und Senat der Heidelberger Universität stehen dem skandalösen Treiben des hoffnungsvollen akademischen Hitlernachwuchses entschieden ablehnend gegenüber und setzen sich voll und ganz für den angepöbelten republikanischen Dozenten ein. Der Universitätsrektor ist entschlossen, keinerlei Störungen der Universitätsordnung durch den akademisch gebildeten Pöbel der Hakenkreuzcouleur zuzulassen. In ein besonderes Licht wird die Attacke gegen Professor Gumbel übrigens noch durch die Tatsache gerückt, dass der Gelehrte auf einem völlig unpolitischen Gebiet und zwar über Versicherungsmathematik, liegt.

+

+

+

"Mensch, gib ihm Saures!"

Reportage vom 24. Berliner Sechstagerennen.

SPD. Den Fememörder Heines hat Herr Schapiro, der Manager des Berliner Sechstagerennens, abgelöst. Die langen Stuhlreihen des Berliner Sportpalastes sind zu Bergen geschichtet und in eine dunkle Ecke gewandert, dafür gessen heute die Jupiterlampen ihr grelles Licht auf die spiegelblanke Holzbahn für das 24. Sechstagerennen. Die 37 Berliner SA-Stürme haben das Kommando an den Rennausschuss abgegeben und so vor einigen Tagen noch das "Juda verrecke!" und das ebenso hysterische "Deutschland erwache!" durch den grössten Saal der Viermillionenstadt klang, teilt ein etwas brummiger Lautsprecher mit, dass Dempsey-Walthour sieben eine Runde gewonnen haben.

+

Draussen zittern Dörfer, Städte, Kreise, Provinzen, ob die Oder-Warthe- und Netzedeeiche noch halten, draussen warten 140 000 Metallarbeiter mit ihren Familien auf einen Schiedsspruch, von dem kein Mensch weiss, ob er ihnen noch genug zum Leben geben wird, Millionen wissen auch ohne Schiedsspruch nicht, wie sie mit dem Hunger fertig werden sollen, und in einem stickigen verqualmten Stinksaal der Potsdamer Strasse zu Berlin starren 20 000 Menschen unentwegt und unverdrossen auf 15 Fahrer, die in doppelter Ausgabe sechs Tage und sechs Nächte lang das Oval umkreisen. Sechs Tage und sechs Nächte, 144 Stundenlang, treten die Paare, sechs Tage und sechs Nächte oder 144 Stunden lang haben sie keinen anderen Gedanken als den, die Schnellsten zu sein, die Schnellsten in diesem irrsinnigen Jagen.

+

Die 30 Artisten des Pedals hausen während der ganzen Rennzeit in einer Koje, die etwa nur die halbe Grösse eines Hühnerstalles hat. Sie schlafen am Vormittag, wo das Rennen neutralisiert wird, etwa drei Stunden Ruhe gönnt sich jeder, mehr nicht. Sie ernähren sich von Hühnerkoulen und Haferkakao, schlucken ganze Apotheken von Präparaten und Mixturen, erhalten Kampferspritzen, wenn das Herz versagen will und werden an Armen und Beinen massiert, als ob sie jahre-

lang in Gips gelegen hätten. Auf den Dächern dieser Kojen sitzen die Bräute der Akteure und zeigen ihre Waden. Aber dieses Bataillon übermütiger Girls kann nicht das Brautangebot der Rennfahrer sein, es müssten ansonsten auf jeden Mann im Felde zehn Bräute kommen; nein, die Brautarmee ist nur eine Attraktion der "Sechstage" wie der "Heuboden", der für die Stimmung zu sorgen hat.

"Wenn Du denkst, der Mond fällt runter, der fällt nicht runter, der scheint nur so.." spielt die Kapelle. Es ist das gewissermassen der Berliner Sechstage-Standardwalzer. Oben unter dem "Heuboden", das ist die Galerie, wo die Masse Mensch um jeden halben Quadratmeter kämpft, krächzt es erst leise und wird lauter und lauter: "Hee, he, he, he, Bobby, Bobby, feste, feste, Mensch, jib ihm Saures!" Zu tobendem Donner schwillt der Massenchor an. Auch die Halbweltsprominenz des Innenraums und die Auserwählten in den Logen sind auf die Stühle geklettert, Kavaliere in Frack und weisser Weste verlieren jede Haltung, alles schreit anfeuernd: "Van Kempen! Van Kempen!" oder den Namen irgendeines anderen Favoriten. Frauen im Pelz und Seide genügt der Stuhl nicht mehr, sie steigen auf die Tische und setzen sogar Tische aufeinander, um sich gewissermassen kleine Aussichtstürme zu erbauen.

Alle 30 Fahrer sind auf der Bahn, der Lärm der Hölle kann nicht grösser sein als bei so einer Jagd im Sportpalast. Der Holländer Piejnenberg stürzt die Kurve hinunter und bleibt liegen, Sanitäter betten ihn auf eine Bahre und schleppen den blutenden Mann zum Bahnarzt, die Deutschen Petri-Stübbecke haben eine Runde gewonnen, die Franzosen Lemoine=Peix eine verloren; ein Fahrer, der nicht mehr weiter kann und vor Erschöpfung bald vom Rad zu fallen scheint, brüllt der "Heuboden" an: "Du hast wohl uff'n nassen Lappen jeschlafen?!" Dazwischen schrillt ein Glockenzeichen, das ist das Zeichen für den Beginn des sechsten Wertungsspurts in der zweiten Nacht, die Bahnrichter müssen nämlich wissen, wem sie in diesem tollen Tohuwabohu die Punkte zuerteilen sollen. Weit ist das Sechstagefeld auseinandergesprengt. Ein Fahrer hebt die Hand, weil der Schlauch seines Vorderreifens geplatzt ist. Als die Manager endlich auf den Plan treten und ihren Schützlingen zubrüllen: "Leute, seid Ihr denn wahnsinnig, haltet doch an, vier Tage sind noch zu fahren, pumpt Euch doch nicht heute schon aus!" gehorchen die Artisten des Pedals, schliessen sich auf zu einer langen bunten Kette und beginnen wieder noton ihre Kreise um das hölzerne, 160 meter lange Oval zu ziehen. Die Jagd ist aus.

40 Reporter, nicht einer weniger, stürzen sich an die Telefonapparate und berichten schweisstriefend ihren Zeitungen, die Kellner des Kreises der Prominenten servieren neue Weinflaschen und schleppen Bratenschüsseln heran, an der Bar "brummt" der Cocktail-Konsum und in der Schwemme im Keller der an Bier nicht minder. Die Kapelle spielt den Buenos=Aires=Tango, das Publikum in den Logen und im Innenraum ergeht sich wieder in gemütlicher Unterhaltung, nur die Galerie kann sich noch immer nicht beruhigen: da braucht bloss ein Fahrer zu dem anderen mit den Augen zu plinkern, schon vermuten sie wieder einen neuen Vorstoss, schon beginnen sie wieder mit ihrem "he, he, he, he"-Gebrülle, schon möchten sie wieder ihre Favoriten animieren, unermüdlich sind sie, aber wer will es ihnen verdenken, dass sie für das teure Eintrittsgeld auch ordentlich was geboten haben wollen? Oben auf der Galerie sitzen Viele, die sich mühselig genug die Groschen für den Heuboden, der ihr Himmel ist, erspart haben, aber nun weichen sie nicht, und geschlagen sechs Tage und sechs Nächte lang ist das Dach des Sportpalastes auch das einzige Dach über ihrem Kopf.

Um sechs Uhr morgens ist der tolle Spuk zu Ende, die Sechstagebummler, die hier nicht die ganze Woche zu verbringen gedenken, gehen nach Hause und ins Bett, die Fahrer ziehen sich ihre Sweater über und machen ein Nickerchen, während sie automatisch ihre Räder im Zehnkilometertempo vorwärts treiben; also, da staunt

man, auch das gibt es: Leute, die im Fahren schlafen können. Normalerweise rasen die Berliner Sechstagerrenner in der Stunde ihre 407 Kilometer ab, 4000 sind es während der ganzen sechs Tage. Sage keiner, dass das ein sehr leichtes Brot sei, aber, bei den Göttern des Sports und des Kapitals der ihn in recht unsympathischer Weise industrialisiert hat, es ist ein verdammt einträgliches Brot.

+ + +
Streikende Schauspieler. Die Mitglieder des Budapester Stadttheaters sind in den Streik getreten, weil sie bis heute noch nicht die Oktobergagen ausgezahlt erhalten haben. Auch die Gagen der vorhergehenden Monate wurden nur zum Teil ausgezahlt.

+ + +
Geflohene Bankdirektoren. Die Hamburger Bankdirektoren Fischer und Landau der Firma Morawetz sind aus Hamburg geflohen. Sie werden grösserer Depotunterschlagungen und verschiedener Veruntreuungen beschuldigt. Die Staatsanwaltschaft erliess einen Steckbrief.

+ + +
Expresszug=Ueberfall. Bei Nobel, etwa 20 Kilometer südlich San Franzisko, überfielen sechs mit Maschinengewehren bewaffnete Banditen einen Expresszug und plünderten seine Passagiere. Die Banditen erbauteeten 60 000 Dollar in bar und 15 Säcke Wertbriefe und entkamen.

+ + +
Versicherungsbetrug durch Leichendiebstahl? Beamte der Berliner Kriminalpolizei verhafteten im Hamburger D-Zug den 30jährigen früheren Lehrer Fritz Saffran aus Schippenbeil (Ostpreussen) wegen Leichenschändung und Brandstiftung. Saffran, der vor drei Jahren die Tochter eines Möbelfabrikanten aus Sensburg geheiratet und das Geschäft des Schwiegervaters übernommen hatte, aber bald heruntergewirtschaftet hatte, wurde seit September vorigen Jahres totgeglaubt. Damals brannte, wie später festgestellt wurde, durch Brandstiftung, die Möbelfabrik Saffrans ab; als Feuerwehrlente bei den Aufräumarbeiten unter den Schutthaufen die verkohlte Leiche eines Mannes, der Ring und Uhr Saffrans bei sich trug, fanden, hielt man diese für die irdischen Reste des Fabrikanten. Der vermeintliche Saffran wurde auf dem Friedhof in Sensburg beigesetzt, die Versicherungssumme für die abgebrannte Fabrik an Frau Saffran ausgezahlt. Als die Gerüchte nicht verstumten, dass Saffran selbst die Brandstiftung begangen habe und in Wirklichkeit noch am Leben sei, wurde ein Angestellter der Möbelfabrik unter dem dringenden Verdacht der Beihilfe verhaftet. Der Angestellte legte ein Geständnis ab, das auf die Spur Saffrans und schliesslich zu seiner Verhaftung führte, als er gerade im Begriff war, von Hamburg aus nach Brasilien zu fahren. Im Augenblick seiner Verhaftung wollte Saffran sich erschiessen. Die Brandstiftung gibt er zu, will aber nicht wissen, wer der Tote ist. Da in der ganzen Umgebung von Sensburg niemand nach dem Brande vermisst wurde, geht die Polizei nunmehr dem Gerücht nach, dass Saffran unmittelbar vor dem Brande die Leiche eines Mannes auf dem Friedhof von Sensburg ausgegraben habe, um sie in seinem Auto nach der Möbelfabrik zu bringen und dort mit seinen Wertsachen zu behängen. Es wäre immerhin möglich, dass Saffran auf diese grausige Weise seinen eigenen Verbrennungstod vortäuschen wollte, um auf dem Wege über seine Frau zu der Versicherungssumme zu gelangen, deren Besitz ihn von einer drückenden Schuldenlast befreit haben würde und wohl vorerst auch befreit hatte.

+ + +
Berufung im Phosgen-Urteil. Der Hamburger Staat hat Berufung gegen das Landgerichtsurteil eingelegt, durch das er zum Schadenersatz an die 137 Geschädigten der Hamburger Phosgen-Katastrophe verurteilt wird. Der Prozess, der bereits zwei Jahre dauerte, wird also noch einmal aufgerollt werden.



Ausblick in den Arbeitslosenwinter.

Die neue Arbeitsmarktlage.

SPD. Die zweite Hälfte des Monats Oktober hat, wie amtlich mitgeteilt wird, die Arbeitslosenversicherung mit einem Zustrom neuer Hauptunterstützungs- empfänger belastet. Der Zugang um rund 70 000 (im Vorjahre 106 000), zu dem noch ein Mehr von rund 22 000 (im Vorjahr 7 000) Krisenunterstützte hinzukommt, brachte die Gesamtzahl der Unterstützten in beiden Einrichtungen auf zusammen-rund 2 072 000, wovon rund 1 561 000 auf die Arbeitslosenunterstützung, 511 000 auf die Krisenunterstützung entfallen. Aehnlich sind auch die Meldungen von Arbeitssuchenden bei den Arbeitsämtern gestiegen. Sie beliefen sich am 31. Okto- ber auf rund 3 323 000, wovon etwa 3 253 000 als arbeitslos angesehen werden müssen.

Auch diesmal ist ein Teil der Zunahme zurückzuführen auf die bessere Erfassung der Wohlfahrtserwerbslosen. Das Sinken des Beschäftigungsgrades ist zu einem erheblichen Teil durch den, der Jahreszeit entsprechenden, Rückgang der Arbeit in den Saison-Aussenberufen hervorgerufen, doch sind auch die meisten übrigen Berufsgruppen daran beteiligt. In der Landwirtschaft ist die Arbeit in der Kartoffel- und Rübenernte im wesentlichen beendet. Das Baugewerbe ist an der Zunahme der Arbeitslosenzahl stark beteiligt; das zusätzliche Wohnungsbauprogramm des Reiches hat in einigen Bezirken eine noch stärkere Zunahme der Entlassungen verhindert. Mit dem Rückgange der Bautätigkeit gehen Produktions-einschränkungen in der Industrie der Steine und Erden Hand in Hand. Einzelne Produktionszweige konnten eine saisonmässige Besserung oder ein Standhalten des Beschäftigungsgrades aufweisen, so die Zuckerindustrie und andere Zweige des Nahrungsmittelgewerbes infolge des Weihnachtsgeschäftes, die Beschäftigung in den Forsten und die Verpackungsindustrien. Auch der Verkehr in den Seehäfen zeigt zum Teil Zeichen der Belebung. Schliesslich haben einzelne Zweige der Spinnstoffindustrie und des Bekleidungsgewerbes an einzelnen Orten besser zu tun. Der Absatz an Steinkohle und Braunkohle hat sich nicht gebessert. In fast allen Zweigen der Metallindustrie sind neue Entlassungen ausgesprochen worden; vor allem wurden in Westfalen und Sachsen weitere Produktionseinschränkungen der Metallindustrie angekündigt. -

Die neuen Arbeitsmarktziffern deuten an, dass die Zunahme der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr beim Einzug des Winters nicht mehr so stark sein wird wie sonst, weil grosse Teile von Arbeitskräften, die in Normaljahren erst im Herbst oder Winter arbeitslos werden, bereits längst dem Arbeitslosenheer eingereicht sind. Diese Feststellung gibt wenigstens eine gewisse Beruhigung. Dabei darf aber nicht vergessen werden, dass die Unterstütztenzahl in der Versicherung gegenüber dem Vorjahr um rund 700 000 höher liegt und in der Krisenunterstützung um 350 000. In beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen sind in diesem Jahr über eine Million Unterstützte mehr vorhanden.

Die Beitragserhöhung für die Arbeitslosenunterstützung auf 6 1/2% sowie die finanziellen Anstrengungen der Gemeinden durch Steuern ihre Wohlfahrts-etats zu stärken, geben die Gewähr, dass im grossen und ganzen die Unterstützung und zwar sowohl in der Arbeitslosenversicherung wie in der Krisen- und Wohlfahrtspflege für rund 4 Millionen Winterarbeitslose sichergestellt wird. Das Unterstützungsniveau jedoch lässt viel zu wünschen übrig. Vor allem wirkt

sich die Neuregelung der Krisenunterstützung negativ für die Wohlfahrtsunterstützten aus. Die Städte passen ihre Wohlfahrtsrichtsätze den Sätzen der Krisenfürsorge an, damit ein Wohlfahrtsunterstützter nicht besser wegkommt als ein Krisenunterstützter. Die Hungerration wird überall nochmals gekürzt.

SPD.Arbeitslose, aufgepasst! Mit dem Inkrafttreten der neuen Krisenunterstützungsverordnung am 3. November kommen Arbeitslose, die die Anwartschaftszeit in der Arbeitslosenversicherung nicht erfüllt haben, aber wenigstens 13 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung standen, nicht mehr in Krisenunterstützung. Alle diese Arbeitslosen tun gut, wenn sie sich sofort an die Wohlfahrt um Unterstützung wenden. Es wäre verkehrt, wenn sie zunächst noch den Versuch zur Aufnahme in die Krisenunterstützung machen würden. Sie würden dadurch nur Gefahr laufen, in der Zeit, wo sie auf Bescheid warten, Schulden zu machen, die sie nach Aufnahme in die Wohlfahrtsunterstützung nicht bezahlen können, weil die Wohlfahrt nicht rückwirkend zahlt.

Für die neu von der Krisenunterstützung erfassten Arbeitslosen gelten schon ab 3. November die neuen verschlechterten Unterstützungssätze. Ab 24. November gelten für alle Krisenunterstützten die neuen niedrigeren Sätze. Familienväter, die mit den neuen Unterstützungssätzen nicht mehr auskommen, sollten schleunigst bei der Wohlfahrt Zusazuunterstützungsanträge stellen.

Die Senkung der Unterstützungssätze in der Krisenfürsorge durch die neue Verordnung ist ein schweres Opfer, das die Krisenunterstützten zu Gunsten ihrer bis jetzt nicht unterstützten Leidenskollegen bringen müssen. Durch die neue Verordnung kommen wohl mehr Arbeitslose in Krisenunterstützung - wobei die Einschränkungen des Personenkreises durch Ausschaltung der Arbeitslosen mit kurzer Anwartschaft, der Arbeitslosen unter 21 Jahren, der Angehörigen der Gruppen "Landwirtschaft" und "häusliche Dienste" nicht übersehen werden dürfen - allein die Erweiterung der Krisenfürsorge ging scharf auf Kosten der Höhe der Unterstützung. Die Schmälerung der Unterstützung ist empfindlicher als die Gehaltskürzung der Beamten um 6%. Sie macht beträchtlich mehr als 6% aus.

SPD. Die Unterbindung der Beschäftigung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter wird von den Grossagrariern in erster Linie mit dem Hinweis auf die Unentbehrlichkeit dieser ausländischen Arbeitskräfte im Zuckerrübenbau bekämpft. So versichert der Ausschuss für Arbeiterwesen bei der Landwirtschaftskammer Westfalen in einem an das preussische Landwirtschaftsministerium gerichteten Telegramm, dass entgegen den Feststellungen der Reichsanstalt nicht genügend inländische Ersatzkräfte verfügbar seien. Die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion sei besonders im Hackfruchtbau ohne das letzte jährige Ausländerkontingent unmöglich. Komme es zu einer scharfen Einschränkung des Kontingents, dann sei die Schliessung westfälischer Zuckerfabriken unvermeidlich.

Wie steht's denn in Wirklichkeit mit der Beschäftigung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter im Hackfruchtbau? Nach eingehenden Untersuchungen des Diplomlandwirts Dr. Locher werden in den Kerngebieten des Zuckerrübenbaus wesentlich weniger ausländische landwirtschaftliche Arbeiter pro 100 Hektar Zuckerrübenanbaufläche beschäftigt als dort, wo er nur eine untergeordnete Rolle spielt. So wurden im Jahre 1925 in den Kerngebieten des Zuckerrübenbaus, Sachsen, Anhalt, Schlesien, Hannover und Braunschweig bei einer Zuckerrübenanbaufläche von 260 904 Hektar insgesamt 48 365 ausländische Wanderarbeiter beschäftigt. Auf 100 ha entfielen 18,6 Ausländer. In den Gebieten mit geringerem Zuckerrübenbau, wie Pommern, Brandenburg, Ostpreussen und Mecklenburg wurden bei 69 402 ha Zuckerrübenanbaufläche insgesamt 61 526 Ausländer beschäftigt.

Auf 100 ha Zuckerrübenanbaufläche entfielen hier im gleichen Jahr 102,5 Ausländer, also 83,9 mehr als in den Kerngebieten.

Wenn die Agrarier betonen, es seien nicht genügend inländische Ersatzkräfte für die ausländischen Wanderarbeiter vorhanden, so muss darauf verwiesen werden, dass Ende Juli, d.h. in einer Zeit, wo die Landwirtschaft am stärksten beschäftigt ist, von den Arbeitsämtern nicht weniger als 56 000 arbeitslose deutsche Landarbeiter gezählt wurden. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von rund 30 000.

In der Wanderarbeiterfrage darf auch nicht übersehen werden, dass die 100 000 ausländische landwirtschaftliche Arbeiter ansehnliche Ersparnisse mit über die Grenze nehmen. Die fremden Arbeiter lassen ihren Verdienst nicht in Deutschland, Rechnet man nur 400 Mark Ersparnisse pro Kopf, dann sind es rund 40 Millionen, die in Deutschland von den fremden Landarbeitern verdient, aber nicht in Deutschland verbraucht werden.

SPD. Zur Feststellung der Gründe der im vergangenen Jahr in Sachsen erfolgten Stillegungen haben die sächsischen Arbeitsämter eine Erhebung durchgeführt. Ihr Ergebnis ist nicht uninteressant. Von 84 völlig stillgelegten Betrieben waren nur 25 in Konkurs geraten; 12 Firmen haben wegen Absatzstockung den Betrieb eingestellt, 8 Betriebe aus Kapitalmangel. Nicht weniger als 40 Betriebe wurden wegen Rationalisierung, Fusion, Fehlspekulation, Verschulden der Leitung und dergl., d.h. nicht aus Gründen der Krise zur Stilllegung gezwungen.

Durch die Stilllegung von 68 Betrieben wurden 11 223 Personen arbeitslos; für 16 Werke ist die Zahl der früheren Belegschaft nicht angegeben. Diese Feststellungen zeigen, dass nur ein Teil der Stilllegungsursachen mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Zusammenhang stehen. Auffällig ist die verhältnismässig grosse Ziffer der Stilllegungen durch Verschulden der Leitung. Diese Erhebung ist ein neuer Beweis, dass das Unternehmertum an der Verschärfung der Arbeitslosigkeit ein gerüttelt Mass von Schuld trägt. Im Gegensatz zu früheren Zeiten wird vom Unternehmer, wenn ihm irgendwie Schwierigkeiten drohen, oder wenn er gewagte Experimente zur Vergrößerung seines Gewinns unternimmt, die Arbeiterschaft ohne viel Bedenken auf die Strasse gesetzt.

SPD. Der Vorstand des Gesamtverbandes hat beschlossen, den ausgesteuerten erwerbslosen Mitgliedern eine einmalige Weihnachtsunterstützung aus zentralen Mitteln zu gewähren. Zu diesem Zweck wird den Ortsverwaltungen der Betrag von einer Million Mark zur Verfügung gestellt.

SPD. Am kommenden Dienstag werden in Duisburg die Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne in der Rheinschiffahrt fortgeführt. Die Parteiverhandlungen sollen dabei zum Abschluss kommen.

SPD. New York, 8. November (Eig. Drahtb.).

Die Entschädigungen, die an die Familiender im Millfielder Revier verunglückten Bergleute gezahlt werden, dürften unter Berücksichtigung der Unfallversicherungs-Bestimmungen des Ohio-Staates 700 000 Dollar ausmachen.

Preisabbau und öffentliche Hand.

Tarifsenkungen bei Post und Eisenbahn.

SPD. Das Reichswirtschaftsministerium hat in einer Verfügung nach der Ankündigung der Kohlenpreissenkung ab 1. Dezember auf die Notwendigkeit einer gleichzeitig vorzunehmenden fühlbaren Senkung der Gas- und Stromtarife hingewiesen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits mit den Ländern, die grösstenteils selbst über grosse Stromkonzerne verfügen, eingeleitet. In der Öffentlichkeit ist im Zusammenhang mit den Preisabbauforderungen eine Senkung aller öffentlichen Tarife, also nicht bloss der Strom- und Gastarife, sondern auch eine Senkung der Tarife der Reichsbahn und der Postgebühren verlangt worden. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn jetzt, insbesondere aus den Kreisen der Grossindustrie, die sich am erbittertsten gegen jede Preissenkung gewehrt haben, ein flammender Appell an die öffentlichen Unternehmungen gerichtet wird, fühlbare Tarifsenkungen vorzunehmen.

Wir glauben, dass die öffentlichen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen verpflichtet sind, auch in ihrer Preispolitik vorbildlich zu wirken. Es ist auch anzuerkennen, dass auf einzelnen Gebieten die öffentlichen Unternehmungen bereits Preissenkungen vorgenommen haben bzw. auf sie hingewirkt haben. Selbstverständlich ist es äusserst wünschenswert, wenn die Tarife der öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsbetriebe gleichfalls fühlbar gesenkt werden könnten, und es versteht sich von selbst, dass alle hier gegebenen Möglichkeiten voll ausgenutzt werden müssen. Leider sind in der Öffentlichkeit übertriebene Vorstellungen über die Auswirkungen der Kohlenpreissenkungen für die Versorgungsbetriebe verbreitet worden. Die Kohlenpreissenkung um 6 % bedeutet für die Stromerzeugung eine Senkung der Selbstkosten um etwa 1/4 Pfg. pro kWh. Soweit die Lieferung der Elektrizitäts- und Gaswerke an industrielle Abnehmer sowie an Verteilerwerke auf einer Kohlenpreisklausel aufgebaut ist, kommt automatisch die Kohlenpreissenkung den Abnehmern zugute. Auch hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass ein Teil der Grosskraftwerke seinen Kohlenbedarf aus eigenen Gruben deckt, sich also bei diesen Werken höchstens verrechnungsmässig die Selbstkosten verändern. Trotzdem halten wir es für notwendig, dass sich die Ermässigung der Kohlenkosten voll bis zum Abnehmer auswirkt und dass auch der Haushaltsstrom einen entsprechenden Abschlag erfährt.

Nun ist die Frage aufgetaucht, ob nicht die Elektrizitätswerke von sich aus über die Kohlenpreissenkung die Tarife ermässigen sollen. Gewiss wäre es äusserordentlich wünschenswert, wenn unsere Werkstarife, die infolge der Finanznot der Kommunen in den letzten Jahren wiederholt heraufgesetzt werden mussten, einen wesentlichen Abschlag erführen. Die öffentlichen Werke sind leider zu grossen Einnahmequellen der Städte geworden, auf die sie aber in Anbetracht der jetzigen finanziellen Notlage nicht verzichten können. Im Jahre 1927/28 warfen die kommunalen Elektrizitätswerke einen Reinüberschuss von mehr als 200 Millionen Mark ab, die Gaswerke von ca. 122 Millionen. Seitdem mussten die Abführungen der Werke weiter gesteigert werden. Es erscheint in diesem Krisenwinter unmöglich, dass die Kommunen eine Revision ihrer Werkstarife vornehmen, es sei denn, dass man ihnen andere Einnahmequellen oder Steuern zur Deckung ihrer ständig wachsenden Wohlfahrtslasten zuweist. Da die Politik der Regierung keinerlei Entlastung für

die Kommunen vorsieht, vielmehr durch Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung noch mit einem weiteren starken Anwachsen der Wohlfahrtserwerbslosen zu rechnen ist, sind die Kommunen ausserstande, von sich aus eigene Senkungen der Tarife vorzunehmen.

Eine andere Frage ist, ob die Grosskraftwerke, sowohl die öffentlichen wie die privaten, und die Ueberlandzentralen nicht die Stromabgabe an die Verteilerwerke über das Mass der Kohlenpreissenkung verbilligen können. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Grosskraftwerke als kapitalintensivste Industriezweige von dem Rückgang der Stromabgabe durch die Krise in ihrer Rentabilität besonders schwer beeinträchtigt werden. Trotzdem wäre es im Interesse der Vortwärtstreibung der Preissenkung von grosser Bedeutung, wenn eine Verbilligung der Strompreise für die Grossabgabe eintreten würde, die die strombeziehenden Verteilerwerke instand setzt, auch die Haushaltstarife fühlbar zu senken.

Welche Aussichten bestehen nun für die Senkung der Bahn- und Posttarife? Für die Post liegen die Voraussetzungen wesentlich günstiger als bei der Bahn. Bei der Post ist zwar auch im ersten Halbjahr ein Rückgang der Einnahmen von insgesamt 16 Millionen Mark eingetreten, dem jedoch eine Ausgabenersparnis von über 20 Millionen gegenübersteht. Die Reichspost hat ferner für ihre Materialaufträge bereits 10 - 12%ige Preissenkungen durchgesetzt, die ihr bei voller Auswirkung beträchtliche Ersparnisse bringen dürften. Die Post hat ferner in den letzten Jahren ihre grossen Investitionen zu einem erheblichen Teil aus laufenden Einnahmen finanziert. Sie könnte bei stärkerem Rückgriff auf den Kapitalmarkt Mittel für eine Gebührensenkung frei machen.

Die Reichsbahn wird von den Auswirkungen der Krise wesentlich stärker betroffen. In den ersten 8 Monaten des Jahres hat sie einen Einnahmerückgang von nahezu 400 Millionen Mark erlitten. Dem steht allerdings auch schon bisher eine wesentliche Verringerung der Ausgaben gegenüber. Immerhin wird für das laufende Jahr bei der Reichsbahn mit einem Defizit von annähernd 200 Millionen zu rechnen sein. Die Reichsbahn hat das Recht, bis zu 50 Millionen auf ihren grossen Reservefonds in Höhe von $\frac{1}{2}$ Milliarde zurückzugreifen. Sie verfügt ferner über einen Vortrag von 170 Millionen Mark, so dass ihr die Deckung des Defizits aus diesem Krisenjahr möglich sein wird. Aus der Verbilligung der Kohlenpreise ergibt sich für die Reichsbahn in Zukunft eine jährliche Ersparnis von ca. 20 Millionen Mark, aber auch die Kosten für die sonstigen Beschaffungen lassen sich bei der Bahn noch wesentlich herabdrücken. Das gilt insbesondere für die weit überhöhten Preise bei der Lieferung von Schienen und Obermaterial. Nebenbei soll nur auf Ersparnismöglichkeiten durch Abbau der Riesegehälter und Aufhebung der Leistungsprämie verwiesen werden. Bei Durchführung dieser Ersparnissmassnahmen bliebe der Spielraum für eine Tarifsenkung bei der Reichsbahn immer noch wesentlich geringer als bei der Post. Sie wird aber durch die geplante 6%ige Kürzung der Beamtengehälter unbedingt notwendig, wobei wir hoffen dass die Tarifsenkung nicht allein, wie es die Grossindustrie wünscht, zu weiteren Vergünstigen bei den Frachttarifen für Kohle und Eisen benutzt wird, sondern dass sie der ganzen Wirtschaft zugute kommt. Gerade bei den überhöhten Personentarifen, insbesondere bei den Wochen- und Monatskarten im Massenverkehrsverkehr, muss eine Ermässigung eintreten.

SPD. Der auf den 8. Dezember anberaumten Generalversammlung der Bank Elektrischer Werte wird wie in den Vorjahren eine Dividende von 10 % auf die Staamaktien in Vorschlag gebracht.

SPD. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich am Sonnabend eingehend mit dem Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung beschäftigt. Ueber das Ergebnis teilt am Sonnabend der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, mit, dass die Städte gewillt seien, von sich aus alles zu tun, um die Schwierigkeiten zu meistern. Das sei Gebot der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung. Selbst wenn für das kommende Jahr mit einem Abflauen der Wirtschaftskrise zu rechnen sei, würde das für die Gemeinden kaum eine Erleichterung bedeuten, weil sich das Schwergewicht von der Arbeitslosenversicherung nach den Wohlfahrtsausgaben, also vom Reich nach den Gemeinden verlagere. Die Städte hätten sich entschlossen, ihre sachlichen Ausgaben weiter zu drosseln, so weit das eben möglich sei, jedoch könne man sich nicht gegen wirtschaftliche Vernunft zwingen, auch dort zu drosseln, wo sachliche Ausgaben Arbeit schaffen und das Heer der Arbeitslosen verringern (Strassenbau usw.) Für die Veränderungen hinsichtlich der Personalausgaben fordert der Präsident des Deutschen Städtetages von den Beamten Verständnis, da die Gehaltsaufbesserung der Beamten vor 3 Jahren von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen wäre als sie jetzt eingetreten sind.

Als Kernproblem der ganzen Situation betrachtet Dr. Mulert die Preissenkung für wichtigsten Lebensmittel wie Brot, Fleisch, Milch usw. Er wies auf die Preisunterschiede in verschiedenen Städten und die unerhörte Spanne zwischen Erzeuger- und Grosshandelspreisen hin. (Die Materie ist im Wirtschaftsteil des "Soz. Pressedienst" ausführlich in den Ausgaben vom 31. Oktober, 1. u. 3. November dargestellt. Red.) Mulert bezeichnete die alsbaldige Senkung der Preise als die dringendste innerpolitische Frage. Die Senkung der Preise müsse zum Prüfstein für die Wirtschaft werden. Es sei ungerechtfertigt, dass bei Fleisch und Kartoffeln wie bei Kohlen die Steigerung der Verdienstspanne ganz beträchtlich über der Erhöhung des Lebenshaltungsindex liege. Der Grosshandelsindex für Agrarstoffe sei binnen Jahresfrist um 15 %, der Ernährungsindex nur um 9% gesunken.

Hinsichtlich des Gehaltskürzungsgesetzes fordert der Städtetag, dass die dadurch erzielten Einsparungen der Gemeinden in vollem Ausmass den Gemeinden bzw. den Anstaltungsverwaltungen zugute kommen müsse. Es erscheine auch zweckmässig, die Dauerangestellten der öffentlichen Körperschaften einzubeziehen. Die im Gesetz über die Einschränkung des Personalaufwandes vorgesehene neue Stelle für die Nachprüfung von Beamtengehältern wird abgelehnt mit der Begründung, dass sie nur unnötige Beunruhigung in die Beamtschaft tragen werde. Die Halbierung der Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau auf 400 Millionen Mark wird als unmöglich bezeichnet. Die Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt müssten sich verhängnisvoll auswirken und zwar in einer Zeit, wo es nicht angehe, den Wohnungsbau, der wichtigste Schlüsselindustrie ist, abzustoppen. Weiter wendet sich der Deutsche Städtetag gegen die Absicht der Reichsregierung, die durch die Halbierung der Hauszinssteuermittel freiwerdenden Summen schematisch für die Senkung der Realsteuern zu benutzen, schon aus dem Grunde, weil für einige Länder, z.B. für Sachsen und Bayern, keineswegs eine Übersteigerung der Realsteuer vorliege. Eine Ermässigung der Realsteuer, die deshalb übersteigert werden musste, weil sie den Gemeinden bisher sozusagen als einzige Steuerquelle zur Verfügung stand, würde einen Hochachtung=, aber keinen wirtschaftlichen Erfolg bringen. Gefordert wird dagegen volle Beweglichkeit der Einnahmestaltung und in diesem Zusammenhang die Einführung des Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer schon ab 1. April 1931, anstatt ab 1. April 1932, wie die Regierung das beabsichtigt. Das sogenannte Plafondgesetz, das die Ausgaben der Gemeinden für eine Reihe von Jahren fixiert, sei für die Gemeinden indiskutabel, schon deshalb, weil die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen nicht beschränkt werden könne.

SPD. Die für die internationale Acetatseidenproduktion bestehende Konvention hat vor einigen Tagen auf einer Sitzung in Paris die Ermässigung der Acetatpreise beschlossen. Der Beschluss der Konvention erfolgte durchaus unter Druck der internationalen Wirtschaftskrise. Der Konvention gehören für Deutschland die Acetat G.m.b.H. in Berlin=Lichtenberg (I.G.Farbenindustrie) und die Rhodiaseta A.G. in Freiburg an. Nach den Mitteilungen der I.G.Farbenindustrie ermässigt sich der Preis für 1 Kilogramm Acetatseide um 1,20 Mark. Das sind 10%. Für die sogenannte geschlichtete, d.h. weiterverarbeitete Ware tritt eine Ermässigung um 80 Pfennige ein. Das bedeutet im Endeffekt eine Preissenkung von etwa 20 %.

An sich kann der Kunstseidenpreis einen Druck vertragen. Er hat sich trotz der Ermässigung während der Kunstseidenkrise immer noch übersetzt gehalten. Bei der Acetatseide ist erst eine grössere Unterbietung der Listenpreise eingetreten, als der schon vor einiger Zeit gefasste Pariser Beschluss durchsickerte. Wichtig ist, dass mit der Ermässigung des Acetatseidenpreises eine Senkung für die Kunstseidensorte eintritt, die immer noch verhältnismässig lebhaft gefragt wurde. Ohne Zweifel wird die Preisermässigung für Acetatseide auf die Preisstellung bei anderen Kunstseiden, unter Umständen sogar auf die ganze Textilpreisgestaltung, zurückwirken.

SPD. Die durch den Wahlausfall vom 14. September ausgelöste Krise hat u.a. auch den deutschen Realkredit getroffen. Jetzt liegt die erste Bilanz über die Schäden im Monat September vor. Da sich die Krise erst spät in der zweiten Hälfte des Monats September auswirkte, liegen die Neuverkäufe immer noch über den Rückverkäufen. Die Rückflüsse an Pfandbriefen und Kommunalobligationen haben sich aber glattweg gegenüber dem Vormonat verdoppelt und bei den Pfandbriefen gegenüber demselben Monat des Vorjahres verdreifacht. Im Nettoabsatz ist bei den Pfandbriefen ein Rückgang von 84,7 Millionen im August 1930 auf 45,2 Millionen im September 1930 festzustellen und bei den Kommunalobligationen ein Rückgang von 29,3 auf 15,1 Millionen.

Diese Zahlen sind ein kleines Beispiel dafür, wie schädlich die Wahlen vom 14. September unsere Wirtschaft beeinflusst haben.

SPD. Die Vorgänge am Berliner Weizenmarkt erhalten einen interessanten Kommentar durch eine demokratische Anfrage im preussischen Landtag, in der darauf hingewiesen wird, dass der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften unter Bezugnahme auf die "Auffassung der Regierungsseite" an alle ihm angeschlossenen Genossenschaften ein Rundschreiben mit der Aufforderung gerichtet hat, durch Käufe auf eigene Rechnung oder durch Lombardierung auf dem Weizenmarkt eine Entlastung herbeizuführen. Durch dieses Rundschreiben wäre zu einer unverhüllten Haussespekulation aufgefordert worden und zwar unter wiederholtem Hinweis auf eine angebliche Auffassung des Reichsernährungsministers und die Stellungnahme der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft. Derartige Spekulationsgeschäfte könnten aber unmöglich zum Aufgabenkreis der landwirtschaftlichen Genossenschaften gehören. Ausserdem bestehe die Gefahr, dass die unter Aufwand von 80 Millionen Mark öffentlicher und halböffentlicher Mittel durchgeführte Sanierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens auf das schwerste getroffen wird, wenn die Genossenschaften dieser Anregung nachkommen.

Preise steigen.

(Berliner Getreidebörse vom 8. November.)

SPD. Die an der heutigen Berliner Produktenbörse für prompten und für später zu liefernden Weizen erzielten Preise lagen wiederum um etwa 3 bis 4 Mark über den Notierungen des Vortages. Dabei lässt sich jedoch nicht verkennen, dass auf Grund der höheren Preise in verschiedenen Gegenden des Reiches das Angebot, zu zunehmen beginnt. Kauflust ist fraglos auch zu den heutigen höheren Forderungen noch vorhanden. Jedoch scheint man hier und dort bereits wieder mit grösserer Vorsicht bei den Anschaffungen zu operieren, namentlich wird dies von den Mühlen berichtet. Auch an Roggen ist das Angebot knapper geworden. Umsätze finden weiterhin statt, wobei die Preise gleichfalls um etwa 2 Mark höher lagen. Am Mehlmarkt ist gleichfalls eine starke Belebung eingetreten. Auf Grund der wesentlich gebesserten Nachfrage haben auch die Mühlen ihre Forderungen sofort erhöht, vielfach in einem Umfange, den die Käufer für übertrieben halten, sodass diese sich mehr zurückzogen. Auch Hafer hatte festere Tendenz zu verzeichnen. Es wurden etwas höhere Preise erzielt.

	<u>7. November</u>	<u>8. November</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	250 - 251	253 - 254
Roggen	154 - 156	157 - 159
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industrierogerste	167 - 177	168 - 178
Hafer	140 - 150	142 - 152
Weizenmehl	29,00-37,75	29,50-38,00
Roggenmehl	24,25-27,25	24,65-27,75
Weizenkleie	7,75- 8,25	8,00- 8,50
Roggenkleie	7,25- 7,75	7,50- 8,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 270 (Vortag: 266), März 285 (282½). Roggen Dezember 175½-176 (173), März 190½-191 (188½). Hafer Dezember 155½ - 155 (154), März 170½ - 171 Geld (168½).

SPD. Der Grosshandelsindex (1913 = 100) hat sich im Laufe des Monats Oktober von 122,8 auf 120,2, also um 2,1% gesenkt. Die Agrarstoffe gingen um 3,7% auf 109,3 zurück, obwohl die Vieherzeugnisse um 2,3 auf 127,5% anzogen. Die Kolonialwaren erhöhten sich gering (um 0,2% auf 108). Bei den industriellen Rohstoffen und Halbwaren trat eine Verringerung von 116,3 auf 114,2 ein (Rückgang = 1,8%). Der Index für Kohle erhöhte sich um 0,4% auf 137,2, der für Eisenrohstoffe und Eisen um 0,1% auf 124,2. Im übrigen ist eine Steigerung bei den künstlichen Düngemitteln um 0,5% auf 80,4% eingetreten, die sich aus der jahreszeitlichen Preisfestsetzung erklärt. Der Index für Fertigwaren verringerte sich um 1% auf 146,9 und zwar gingen die Produktionsmittel um 0,4% auf 137 zurück und die Konsumgüter um 1,5% auf 154,4.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 8. November: I. 137 Mark, II. 123 Mark, III. 107 Mark je Zentner. Tendenz: abwartend.